

Dieses Heft enthält...
Preis: 50 Pf. für die 3 gepfl.
Heftteile.

Der Proletarier

Kriegspreis:
50 Pf. für die 3 gepfl.
Heftteile.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 158-15-Postfachamt Hannover.

Verlag von H. B. r. o.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. - Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Elfte Hauptversammlung
der Gesellschaft für Soziale Reform.

Die genannte Tagung fand am 24. und 25. Oktober in Mann-
heim statt. Am ersten Tage sprach Professor Einbeimer über die
Reform des Schlichtungswesens. Er sagte: Ohne eine prinzipielle
Grundfestlegung sei eine Stellungnahme zu den Schlichtungs-
problemen nicht möglich. Der Begriff der Wirtschaft habe sich
gewandelt. Man könne nicht mehr von einer nur privaten Wirt-
schaft sprechen. Das öffentliche Interesse könne bei der Behand-
lung von Wirtschaftsstreitigkeiten nicht mehr ausgeschaltet werden. Die
Quantitätsverschiebung der öffentlichen Macht durch Truste und Kon-
zerne führe zu einer neuen Qualität der Wirtschaftskräfte, die nicht
mehr nur privat sein könne. Die Wirtschaft sei auch nicht mehr nur
individuell, sondern kollektiv. Die Zentren der Wirtschaftslieben
liegen nicht mehr in den Einzelhänden vieler selbständiger Personen,
sondern in den kollektiven Machtgruppierungen, die über die einzelnen
verfügen. Diese kollektiven Machtkonzentrationen können nicht
mehr ausgeschaltet werden. Sie sind zu Grundvoraussetzungen des
Rechts geworden. Die Wirtschaft sei nicht mehr ganz Kapitalismus,
aber auch noch nicht Sozialismus. Die soziale Kraft der Gewerks-
chaft verteidige den Menschen gegen das Warengesetz. Die
kapitalistische Kraft gehe die Unterwerfung des Menschen unter
das Warengesetz. Keine Kraft sei heute in der Lage, die aus-
schließliche Herrschaft anzutreten. Daraus ergebe sich die Not-
wendigkeit des Ausgleichs.

Der Redner schildert die Entwicklung des Schlichtungswesens,
dessen Funktionen sich der wirtschaftlichen Grundgestaltung einfüge.
Arbeitskämpfe zu verhindern oder beizulegen sei ursprünglich
keine einzige Aufgabe gewesen. Das Schlichtungswesen sei dann
in den Dienst der kollektiven Rechtsbildung gestellt worden. Die
Schlichtung solle Kollektivvereinbarungen herbeiführen (Tarif-
verträge, Betriebsvereinbarungen). Schließlich sei keine lohn-
politische Funktion in der Praxis des Reichsarbeitsministeriums
durch einen Wandel des Schlichtungsrechts ohne seine gesetzliche
Veränderung herbeigeführt worden. Danach komme es nicht nur
darauf an, daß kollektive Vereinbarungen bestehen, sondern daß
sie auch inhaltlich so ausgestaltet werden, daß ihre Bedingungen
wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht seien.

Das Kernproblem der Schlichtungsreform sei die Frage nach
der Verbindlichkeit der Schlichtungsentscheidungen. Man frage
sich, ob die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen. Wie man früher für den
freien Arbeitsvertrag gegen Staat und Koalition gekämpft habe,
so kämpfe man heute für den freien Tarifvertrag, und es würde
vielleicht die Zeit kommen, in der für den Zwangstarifvertrag
gegen die internationale Bindung gekämpft würde. In Wirklichkeit
führe die Verbindlichkeit der freiwilligen Tarifverträge nicht.
Ob die Arbeitgeberseite an dem echten Tarifvertrag teilhaben
würde, wenn die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung entfalle,
sei angesichts sozialreaktionärer Gefahren fraglich. In vielen Fällen
würde es nicht zum Tarifvertrag kommen, vor allem wenn es sich
um schwache Gewerkschaften handle. Man könne auch nicht sagen,
daß der Staat „mit Gewalt“ in die freie Tarifarbeit eingreife,
wenn er einen Schiedsspruch für verbindlich erkläre. Es bürge
niemand dafür, daß der aus zufälliger Machtlage hervorgegangene
Tarifvertrag wirtschaftlich angemessener sei, als der auf Grund
eines verbindlich erklärten Schiedsspruchs zustande gebrachte
Zwangstarifvertrag. Die Argumentation der Unternehmer gegen
die Lohnbindung treffe nicht nur die staatliche, sondern auch die
tarifliche Bindung. Vor allem bleibe die Frage offen, was zu
geschehen habe, wenn eine freiwillige Einigung nicht zustande komme.
Sollte dann der Arbeitskampf ewig dauern können ohne Rücksicht
auf alle Gefahren für Staat und Volkswirtschaft? Deswegen würde
jede Regierung in Deutschland, einerlei wie sie zusammengesetzt sei,
unverantwortlich handeln, wenn sie das Institut der Verbindlich-
keitsklärung aus der Hand gebe.

Eine Verbindlichkeitsklärung sei nicht möglich, wenn der Schlich-
tungsausschuss nach freiem Ermessen einen Schiedsspruch erlassen
könne oder nicht. Müsse aber ein Schiedsspruch zustande kommen,
so müsse auch Vorkehrung getroffen sein, daß ein Schiedsspruch
erlassen werden könne, auch wenn keine Mehrheit in der Schlichtungs-
kammer zu bilden sei. Der Redner trat deswegen für die Wieder-
herstellung des durch die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts be-
festigten Stimmenscheides des Vorsitzenden ein, obwohl er die Ge-
fahren, die dieser Stimmenscheid in sich birgt, durchaus anerkannte.
Wora die Verantwortlichkeit der Tarifpartei unter der Existenz
eines solchen Stimmenscheides, so müsse eben gewählt werden, ob
man die Verbindlichkeitsklärung befestigen oder den Stimmenscheid
als eine ihrer Voraussetzungen heilhalten wolle. Das gefährdete
Verantwortlichkeitsgefühl der Beteiligten müsse durch innere Kräfte
neu geboren und könne nicht durch den Gesetzgeber von außen her
geschaffen werden.

Im letzten Grunde entscheide über den Wert des Schlichtungs-
rechts seine Bedeutung für die Zukunft. Diese Bedeutung liege
darin, daß durch die Einwirkung der Schlichter die Arbeitskämpfe
immer mehr verschwinden und schließlich eine Arbeitsverfassung
entstünde, in der der Kampf als normales Mittel verschwunden und
nur noch die gesetzliche Verständigung übrig geblieben sei.

Fabrikbesitzer Ritter (Hamburg) betont, daß die jüngeren
Unternehmer nicht mehr den alten Unterschied zwischen Herren und
Knechten, Unternehmern und Arbeitern kennen; nicht Unter-
ordnung, sondern Mitarbeit sei üblich.

Prof. Pribram erklärt das Wesen der Sozialpolitik für
damit begründet, daß andere Faktoren dem Geschäft einen Teil
des wirtschaftlichen Risikos abnehmen, das sonst das einzelne In-
dividuum zu tragen hätte. Bei den Gewerkschaften liege das gleiche
Bestreben vor. Als letzter Träger der Verantwortung komme wie
so häufig nur der Staat in Frage, wenn der einzelne die Ver-
antwortung nicht mehr tragen könne.

Carndow (HOB) führt aus, es habe sich bei den Massen
das Empfinden herausgebildet: wenn die Wirtschaft ihnen nicht
das Recht zum Leben gebe, müsse man es von der Gesellschaft
fordern, verfolge auch die, dann müsse man mehren. Niemand
könne glauben, daß die Nationalisierung z. B. bei einer Großbank-
fusion, ohne die Sicherung der betreffenden Arbeitnehmer durch
die Sozialpolitik möglich sei. Der Redner weist sodann auf die
große Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität in den
letzten 30 Jahren hin, auf Motorisierung, Intensivierung usw. Das
bedeute, Wachstum der Lebensmöglichkeiten. Sie hätten sich jedoch
nicht ausgedehnt. Der heutige Ruf nach Kapitalbildung sei die
größte Gefahr für die Sozialpolitik. Die Kapitalbildungspolitik

sei in Deutschland keineswegs eingeschlagen, der Vorkriegsstand
beinahe wieder erreicht; die Sachkapitalbildung sei noch stärker als
1913, und die Selbstfinanzierung nach dem Kriege zu einer be-
sonderen Wissenschaft geworden. Es müsse durchaus nicht nur an
den Quellen, bei Unternehmern, Kapital gebildet werden. Im übrigen sei
der Kapitalbedarf ohne Grenzen. Man könne aber auch zuviel
akkumulieren, wie die Rüstindustrie gezeigt habe. Viel wichtiger
sei, das investierte Kapital zu beschäftigen, wozu die Sozialpolitik
unbedingt erforderlich sei. Das Argument, die Wirtschaft könne
nicht noch mehr Lasten tragen, höre der Redner immer wieder.
Man müsse aber bedenken, wie schnell der Wiederaufbau der
deutschen Wirtschaft gegangen sei neben unserer Sozialpolitik.

Schröder (ZWA) äußert, die Sozialpolitik sei durchaus
nicht das, was immer behauptet werde, nur ökonomische Belastung.
Man dürfe nicht ausschließlich an die mechanische Seite der Wirt-
schaft denken, sondern auch daran, daß es eine menschliche Arbeits-
sphäre gebe, welche gerade durch die Sozialpolitik gefördert werde.
Dies sei in der Diskussion zu stark außer Betracht gelassen worden,
und die Nationalökonomie dürfe nicht die Menschenökonomie ver-
gessen.

Lehmann (Hauptverband Deutscher Krankenkassen) hält die
Sozialpolitik nur für eine Erscheinungsform auf dem Wege zum



Die

verschiedenen Parteien werben wieder um die
Stimmen der Wähler aus Arbeitnehmerkreisen, in
der Hoffnung, daß diese dumm genug sind, sich
läuschen zu lassen. Diese Parteien haben kein
Programm, das sie sehen lassen können. Sie locken
deshalb mit Versprechungen, die sie nicht halten
wollen oder mit Parolen, die sie nicht durchführen
können. Kluge Arbeiterwähler und Arbeiterwähle-
rinnen kennen längst die lockenden Töne und die
färblichsten Phrasen, sie wissen, daß für sie nur
eine Partei, die einzige

Arbeiterpartei

in Frage kommen kann, der sie ihre Stimme geben
können: die Sozialdemokratische Partei. Wir
kennen ihr Programm und ihre auf das Mögliche
und Erreichbare eingestellte Politik. Die Sozial-
demokratie ist von jeher die berufene Vertreterin
der Arbeiterklasse. Wenn wir also am 17. Novem-
ber bei den Kommunalwahlen sozialdemokratisch
wählen, so

heißt

das einfach die Interessen der Arbeitnehmer und
ihrer Familien wahrnehmen. Jede Arbeiterstimme,
die nicht für die Sozialdemokratische Partei ab-
gegeben wird, ist ein Gewinn für die Gegner der
Arbeiterklasse. Wer sich, seiner Familie und der
Arbeitnehmerschaft dienen will, der wähle am
17. November die Kandidaten der

Sozialdemokratie!



Sozialismus. Mißbrauch öffentlicher Mittel liegt bei der Kranken-
versicherung nicht in dem behaupteten Umfang vor. Da wo die
Krankenversicherung mißbraucht würde, liege ein sozialer Notstand
vor, bei dem es volkswirtschaftlich gleichgültig sei, aus welchen
öffentlichen Mitteln er beboben würde. Es sei insgesamt nur zu
prüfen, ob die soziale Belastung tragbar sei oder nicht, was nicht
Staatsfinanzen zu entnehmen sei, sondern nur dem Willen der lebenden
Wirtschaft selbst. Die Summe, welche für die vielfach angegriffenen
Verwaltungsabteilungen auszugeben würde, sei viel zu klein, um ernst-
haft erörtert werden zu können. Die Sozialversicherung habe den
Beweis erbracht, absolut Notwendiges zu leisten.

Dr. Erdmann (Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände) wendet sich gegen die nach seiner Meinung unbeweis-
bare Behauptung, daß die Unternehmer und Arbeitgeber einen
Abbau der gesamten Sozialpolitik wünschen. Es liege ihnen völlig
fern, nicht nur aus sozialen und wirtschaftlichen, sondern auch aus
kulturellen Gesichtspunkten. Die Mißbräuche in Verwaltung und
Handhabung der Sozialversicherung seien durchaus nicht so gering-
fügig, wie es der Vordrucker dargestellt habe.

Spliedt (HOB) wendet sich gegen die Behauptung, daß
Deutschland allmählich verarme. Wer den jetzigen Stand der
deutschen Wirtschaft mit dem im Herbst 1923 vergleiche, müsse an-
erkennen, daß ungeheure Fortschritte gemacht worden seien. Die
Grenzen des sozialpolitischen Möglichen würden von Arbeitgeber-
seite zu eng gezogen. Wohl wisse auch die deutsche Arbeiterbewe-
gung, welche die Gesetze der Wirtschaft stets beachte, daß ein Volk
für sich allein nicht ohne jede Rücksicht seine sozialpolitischen Maß-
nahmen auf andere Staaten ausweiten könne. Gerade darum
seien die Gewerkschaften Freunde der Internationalität und der
Gemeinarbeit. Ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Arbeit-
nehmer und -geber in Genf würde für die sozialpolitische Entwick-
lung der Welt einen starken Impuls bedeuten. Sei dem derzeitigen
Stand der deutschen Wirtschaft müsse man versuchen, auch in
Deutschland selbst eine Gemeinheitsarbeit zwischen Arbeitnehmern
und Arbeitgebern zu erreichen. Wir bieten diese Gemeinheits-
arbeit an, sagt Spliedt, wenn man uns in gleicher Gesinnung ent-
gegenkommt.

Ertrag und Arbeitslohn.

Die Unternehmer wenden alle Mittel auf, um zu zeigen,
daß der Arbeitslohn den wesentlichsten Teil des Ertrages der
Wirtschaft erfordert und daß die übrigen Teile der Wert-
schöpfung demgegenüber sehr gering sind. Der Reichsverband
der Deutschen Industrie hat eine Schrift herausgebracht unter
dem Titel „Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn industrieller
Unternehmungen im Jahre 1927“. In dieser Schrift wird der
Versuch unternommen, zu zeigen, welcher Teil des Ertrages
oder des Umlages auf den Faktor Arbeit entfällt, auf steuer-
liche Leistungen, auf Verzinsung des Kapitals usw. Der Unter-
suchung zugrundegelegt wurden 1065 Unternehmungen mit
einem gesamten arbeitenden Kapital von 7 Milliarden Mark.
Es waren sowohl Großunternehmungen mit mehr als 5 Mil-
lionen Mark arbeitendem Kapital darunter (274), ferner
Mittelunternehmungen mit 1 bis 5 Millionen Mark arbeits-
dem Kapital (445) und kleinere Unternehmungen mit weniger
als 1 Million Kapital (346). Erfasst wurden 11 große
Industriegruppen, wie Bergbau, Steine und Erden, Eisen- und
Metallgewinnung, Eisen, Stahl- und Metallwarenindustrie,
Maschinenindustrie, Elektrotechnik, Chemische Industrie, Textil-
industrie, Papierindustrie und Veredlungsgewerbe, Nahrung-
s- und Genussmittelgewerbe und Leder-, Kautschuk- und
Holzindustrie.

Uns interessiert in der Hauptsache das Kapitel „Die Wert-
schöpfung und ihre Verteilung auf Arbeit, Kapital und öffent-
liche Hand“. Es wird dort herausgerechnet, daß im Durch-
schnitt aller Unternehmungen drei Viertel der Wertschöpfung
(77,29 Prozent) auf die Arbeit entfällt. Die reinen Löhne der
Arbeiter sind an dem Gesamtanteil der Arbeit mit 72 Prozent
beteiligt. Sie betragen 55,68 Prozent der Wertschöpfung; auf
die Angestellten entfallen 15 Prozent. Bei den Angestellten
wird nach leitenden und sonstigen Angestellten unterschieden.
Als „leitende“ wurden sämtliche Angestellte betrachtet, die der
Angestelltenversicherungspflicht nicht mehr unterworfen sind.
Deren Anteil an der Wertschöpfung beträgt 4,37 Prozent.
Der Anteil der leitenden Angestellten allein macht rund
8 Prozent des Lohnanteils der Arbeiter oder 40 Prozent des
Gehalts der sonstigen Angestellten aus. Dann heißt es wört-
lich: „Aus all dem geht hervor, wie gerade der Arbeiter in
allerstärkstem Maße an einer hohen Wertschöpfung inter-
essiert und wie wesentlich sein Interesse mit dem der Unter-
nehmungen verknüpft ist. Diese Größenverhältnisse, die im
einzelnen bei den Fachgruppen stark verschieden sind, muß
man sich immer vor Augen halten, wenn man die Aus-
wirkungen von Lohnerhöhungen auf die Kalkulation der
industriellen Unternehmungen beurteilen und richtig abschätzen
will.“ Die öffentliche Hand ist nach den Untersuchungen an
der Wertschöpfung mit 10 Prozent beteiligt. Auf die Mit-
wirkung des Kapitals, d. h. auf die Verzinsung des Fremd-
kapitals und auf die nichtausgeschütteten und ausgeschütteten
Gewinne entfällt ein Entgelt von 12,93 Prozent der Wert-
schöpfung. Bei den Kapitalgesellschaften entfallen 3,93 Prozent
auf die Verzinsung von Fremdkapital, 2,13 Prozent auf die
nichtausgeschütteten Gewinne und 6,96 Prozent auf die aus-
geschütteten Gewinne. Es fällt auf, daß auf die Verzinsung
des Fremdkapitals ein so verhältnismäßig geringer Anteil
entfällt. In der Vorkriegszeit war dieser Prozentsatz wesent-
lich höher. Heute wird viel mehr mit Eigenkapital gearbeitet
als früher. Dann kommt die Untersuchung auf den ent-
scheidenden Punkt, nämlich die Verstärkung der
Eigenfinanzierung. Es heißt in der betreffenden
Schrift:

„Es kommt in unserer gegenwärtigen Lage ganz ent-
scheidend darauf an, die Unternehmungen aus sich selbst heraus
zu kräftigen. Solange die durchschnittliche Rente der Unter-
nehmungen unterhalb der Zinssätze für nichtverantwortliche
Beteiligung an der Produktion liegt, ist der Spielraum für
die Aufnahme von fremdem Kapital begrenzt. Hier liegt heute
für die Kapitalversorgung der industriellen Unternehmungen der
entscheidende Gesichtspunkt. Hier liegt aber auch der volks-
wirtschaftlich und sozial entscheidende Gesichtspunkt. Da eine
weitere Zunahme der Verschuldung an das Ausland teurerere
Produktion bedeutet, muß sie auf die Dauer zu einer Ein-
schränkung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung führen.
Der beste Weg, diese sicherzustellen, ist deshalb in unserer
gegenwärtigen Lage der, den Unternehmungen das Kapital in
einem zum Ausbau und zur Entwicklung ihrer Produktions-
grundlagen notwendigen Umfang zu belassen. Daß diese
Erkenntnis noch nicht Allgemeinort geworden ist, zeigt sich in
einer Arbeitslosenzahl, die weit über die durch die Kon-
junktur gegebenen Schwankungen im Beschäftigungsgrad
hinausgeht.“

Was soll hierdurch gesagt werden? Es wird ausgeführt,
daß Fremdkapital außer dem Aktienkapital und sonstigem
Gesellschaftskapital weniger aufgenommen werden kann, da
die Verzinsung des Fremdkapitals über der Höhe liegt, die das
Aktienkapital erhält. Und da man sich schämt, wie in der Vor-
kriegszeit Fremdkapital aufzunehmen, versucht man den
Beweis zu erbringen, daß die Finanzierung aus eigenem
heraus das allein volkswirtschaftlich Richtige sei. In diesem
Zusammenhange wird auch auf die Verschuldung an
das Ausland verwiesen, welche zu einer teureren Pro-

duktion führen soll. Dabei ist die Verzinsung des Auslandskapitals wesentlich niedriger als die für inländisches Kapital gezahlt werden muß. Aber es scheint allein darauf anzukommen, den Beweis zu führen, daß ein größerer Teil des Ertrages den Unternehmungen als Eigenkapital verbleiben soll. Man glaubt dies schmachtlich zu machen, indem man auf die hohe Arbeitslosigkeit verweist. Wenn man hört, daß den Aktionären eine so verhältnismäßig geringe Rendite verbleibt, ist es angebracht, auf eine Bemerkung hinzuweisen, die der bekannte Professor Dr. Wiedenfeld (Leipzig) längst in einem Vortrage im Institut der Deutschen Vereinigung der Staatswissenschaftlichen Fortbildung gemacht hat:

„Die geleitete Gesellschaften verfolgen das Ziel, den Aktionären nicht etwa einen tatsächlichen Anteil am Gewinn, sondern eine feste Verzinsung zu gewähren, deren Höhe gerade ausreichen muß, um den Kurs der Aktien zu halten. Zu diesem Zwecke verschleiert der Vorstand dem Aufsichtsrat den Gewinn und mit diesem gemeinsam noch mehr der Generalversammlung; die Dividende richtet sich nicht nach dem Gewinn, sondern die Höhe des ausgewiesenen Gewinns muß sich nach der Dividende richten. Dieser Standpunkt der Träger der Unternehmerfunktion gegen die Kapitalisten der Gesellschaft kommt in dem Worte zum Ausdruck, daß die Aktiengesellschaft drei Feinde hat — den Steuereinkünfte, die Arbeiter und die Aktionäre — und in dem Ausspruch eines Hamburger Großredners, seine Gesellschaft sei nicht dazu da, Dividenden zu zahlen, sondern Schiffahrt zu treiben.“

Die Schrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist darauf zugeschnitten, namentlich gegen die zwei Feinde Steuerfiskus und Arbeiter anzukämpfen. Auf eins mag aber hingewiesen werden, und zwar auf die unterschiedliche Entlohnung der leitenden Angestellten, der sonstigen Angestellten und der Arbeiter. Im Durchschnitt wird für den leitenden Angestellten ein Jahresgehalt von 18 143 Mk. angegeben, für die sonstigen Angestellten von 3 195 Mk. und für die Arbeiter 1 912 Mk. Der leitende Angestellte verdient mithin das Achtfache eines Arbeiterlohnes, aber auch das Gehalt des sonstigen Angestellten geht wesentlich über das Einkommen eines Arbeiters hinaus.

Da die Unternehmungen letzten Endes auf das Ergebnis der Hand- und Kopfarbeit angewiesen sind, muß natürlich ein wesentlicher Anteil des Ertrages auf den Arbeitslohn entfallen. Trotz alledem sieht man an den niedrigen Löhnen, mit wieviel Entbehrungen die Arbeiterklasse diese Leistungen vollbringen muß. Die Untersuchung des Reichsverbandes, so tendenziös sie auch eingestellt ist, zeigt dennoch, daß ein ziemlich Teil des Wertwertes in andere Löcher verfliehet. Ganz abgesehen davon, daß niemand weiß, welche Summen vorher in den anderen Konten und Posten verfliehet sind. Wenn die Schrift darauf anlegt sein sollte, die hohe Besteuerung eines Teils und den hohen Beitrag für die „Mittelstände“ zu beweisen, so hat das Studium derselben bei uns den entgegengesetzten Eindruck hervorgebracht.

Die neue Steuerdemagogie.

Die Unternehmerkampagne, die den Abbau der Besitzsteuer aufreht, der Hand in Hand mit vermehrter Belastung der Masseneinkommen und dem Abbau der sozialen Aufwendungen gehen soll, bedient sich neuerdings eines zugkräftigen Schlagwortes: Die Besitzsteuer müssen abgebaut werden, da diese sich in den letzten vier Jahren verdoppelt, während die Massenbelastung sich in dieser Zeit nur um 12 Prozent erhöhte. Es ist also die höchste Zeit, die Besitzsteuer im Dienste der Kapitalbildung abzubauen und die Massenbelastung zu erhöhen.

Prüft man jene Behauptung auf ihre Richtigkeit, so wird sich herausstellen, daß sie in dieser Form falsch und unwahr ist. Was zunächst die Verdoppelung der Besitzsteuer anbelangt, so wird in den Veröffentlichungen (zuletzt im Berliner Tageblatt von Dr. Max Lion) angeführt, daß die Besitzsteuer, die 1925 1 729 Millionen Mark betrug, sich 1928 auf 3 365 Millionen erhöht. In dieser Zusammenfassung findet sich der nicht unwichtige Posten von 540 Millionen Mark als Einnahme aus verschiedenen Abgaben vom Kapitalverkehr im Jahre 1928. Indessen sind in diesem Gesamtposten Einnahmen aus einer Anzahl von Steuern zusammengefaßt, die nicht oder nur zu einem Teil als Besitzsteuer anzusprechen sind. Die Einnahmen aus der Wechselsteuer (52 Millionen Mark), Versicherungssteuer (59 Millionen Mark), Kennwert- und Lotteriesteuer (80 Millionen Mark) sind keine reine Besitzsteuer, ja es kann auch die Kraftfahrzeugsteuer (181 Millionen Mark) nicht als Besitzsteuer angesehen werden, weil sie eine Sonderbelastung der Automobilbesitzer ist, durch die ein verhältnismäßig geringer Teil der Kosten für die Erzeugung der Straßen abgegolten wird. So ist die Steigerung der Besitzsteuer in Wirklichkeit geringer, als man es glauben machen will.

Die richtige Berechnung der Besitzsteuer wiegt aber noch leicht gegenüber der Irreführung, die darin besteht, daß entscheidende wichtige Tatsachen verschwiegen werden. Man verschweigt gewöhnlich, daß man sich in der Zeit nach der Einführung der Mark, als ein neues Steuersystem eingeführt wurde, über die Ergebnisse der Steuern im unklaren war, da infolge der Wirkungen der Inflation keine brauchbaren Unterlagen für die Beurteilung der künftigen Steuererträge vorhanden waren. So glaubte man, daß aus den Besitzsteuer viel höhere, aus den Massensteuern viel geringere Einnahmen sich ergeben werden, als es sich später herausstellte. Die falschen Berechnungen hatten nun zur Folge, daß im Jahre 1925 2 Prozent der Einnahme aus Reichsteuern auf Massenbelastung beruhten. Die Steuerkämpfe der folgenden Jahre, die vorwiegend von der Sozialdemokratischen Partei geführt wurden und zu einem, wenn auch nicht vollständigen, Erfolg führten, verfolgten das Ziel, die Folgen jenes Irrtums aufzuheben. In der Tat gelang es, den Anteil der Massensteuern an den gesamten Reichseinnahmen herabzusetzen. Es ist eher eine Irreführung, jenen Irrtum einfach zu verschweigen. Man verschweigt dabei ja, wie bei der Lohnfrage, wo

man die außerordentlich große Lohnsteigerung seit 1924 betont, und dabei verschweigt, daß der Lohn seit 1924 mit Beschäftigung stark stieg, weil er in jener Zeit über alle Maßen niedrig lag und nur kurze Zeit hindurch als besonderes Opfer der Arbeiterklasse zur Überwindung der Inflationen möglich war.

Weiterhin wird aber bei der Behauptung von der Verdoppelung der Besitzsteuer verschwiegen, daß der Anteil der Masseneinkommen an den Gesamteinnahmen des Reiches zur Zeit immer noch etwa 62—63 Prozent beträgt.

Will man die Massenbelastung durch Steuern richtig beurteilen, so darf man auch die Entwicklung der Zolleinnahmen nicht außer acht lassen. Die Zolleinnahmen betrugen 1925/26 590 Millionen Mark, 1927/28 1 251 Millionen Mark, ihr Anteil an den Gesamteinnahmen stieg von 13,8 Prozent im Jahre 1925/26 auf 23,8 Prozent 1927/28. Die Zunahme der Zolleinnahmen war nicht allein die Folge der vermehrten Einfuhr, sondern auch der inzwischen erfolgten Zollerhöhungen. Nun bedeuten aber die Zolleinnahmen nicht nur die Verteuerung der eingeführten, sondern auch die der im Inland hergestellten zollgeschützten Waren. Laut Angaben des Statistischen Reichsamtes betrug der Zollanteil an dem Wert der verzollten Waren 17 Prozent. Daraus kann man sich eine Vorstellung machen, in welchem Umfang die zollgeschützten Inlandswaren verteuert wurden. Dr. Mendelssohn schätzt die Belastung der Verbraucher durch die Zölle jährlich auf annähernd 4 Milliarden Mark, für die Arbeiterklasse allein auf mehr als 2 1/2 Milliarden Mark. Allein durch die Brotgetreidezölle entstand eine Massenbelastung von 340 Millionen

werden, um für diese Arbeiter zu sorgen. Die A. F. of L. steht sich daher voran, die immer mehr zur Verbreitung gelangende staatliche Altersversicherung einzuführen.

7. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die durch den Rationalisierungsprozeß freigesetzten Arbeitskräfte.

Präsident Green würde ohne Opposition als Präsident der A. F. of L. wiedergewählt, bezweifelten wurde die ganze Erkräftung besänftigt. Der nächste Kongress wird in Boston stattfinden.

Die „unabhängigen“ Werkvereine.

Es ist bekannt, wie sehr den meisten Unternehmern die freien Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind. Der Artikel 165 der Reichsverfassung, der die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten dazu aufruft, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken, ist ihnen um so unangenehmer, weil er dem unerbittlichen Streben der Gewerkschaften nun auch noch einen verfassungsmäßigen Rückhalt gibt. Da nun die Tatsache der wachsenden Macht und des steigenden Einflusses der Gewerkschaften nicht so leicht aus der Welt zu schaffen, andererseits eine Änderung der bestehenden staatlichen Ordnung nicht zu erhoffen ist, versuchen die Unternehmer auf andere Weise das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wirkungslos zu machen. Dazu sollen ihnen die Werkvereine helfen, die die Unternehmer in ihren Betrieben gründeten und mit denen sie dann Lohnverträge abschließen wollen, um auf diese Weise die Gewerkschaften von der Teilnahme an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschließen. Schon die Tatsache, daß diese „unabhängigen“ Vereine meist von den Unternehmern selbst, immer aber mit ihrer Unterstützung gegründet werden, zeigt, daß die Werkvereine nicht die geistige und materielle Unabhängigkeit von den Unternehmern besitzen, die eine Arbeiterorganisation unbedingt haben muß, wenn sie den Unternehmern als sozialer Gegenspieler und als gleichberechtigte Partei im Wirtschaftskampfe entgegentreten will. Unter dem Eindruck der Ereignisse des November 1918 hatten sich die Unternehmer zu einem Verzicht auf jede Unterstützung der „Selben“ bequemen müssen. Heute fühlen sie sich wieder sicher genug, um ihren alten Mitteln erneut nachstreben zu können und sich eigene Arbeiterorganisationen zu schaffen, die ihnen helfen sollen, die verhassten Gewerkschaften aus ihren Betrieben fernzubehalten. Nun muß ja aber die Tariffähigkeit der Werkvereine nachgewiesen werden, die Unternehmer müssen die Möglichkeit haben, mit ihren Arbeiterorganisationen Tarife abzuschließen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben in friedlicher Vereinbarung unter Ausschluß der Gewerkschaften regeln zu können. Rechtlich ist die Sachlage völlig klar: die Werkvereine sind nicht tariffähig, weil ihnen das wichtigste Merkmal für eine tariffähige Arbeiterorganisation fehlt, eben die vollkommene geistige und materielle Unabhängigkeit von den Unternehmern. Leider ist nicht in allen Rechtsinstanzen die notwendige Klarheit über den Charakter der Werkvereine vorhanden, und ebenso beharren manche Juristen die Tariffähigkeit der Werkvereine, trotzdem man von Rechtsgelehrten und Rechtslehrern eine andere Auffassung erwarten dürfte.

Wie stark tatsächlich die Abhängigkeit der Werkvereine von den Unternehmern ist, wie sehr sie sich in der Hand der Unternehmer befinden, zeigen erneut und mit aller Deutlichkeit die Satzungen eines Werkvereins, die kürzlich der Bergarbeiterverband veröffentlichte. Es heißt da z. B.:

§ 3.

Mitglied der Vereinigung kann jedes Belegschaftsmitglied werden, welches in der Regel ein Jahr in den Betrieben des Werkes beschäftigt ist, sich eines guten Rufes erfreut und von dem nach seinem bisherigen Verhalten zu erwarten ist, daß er seinen Pflichten (§ 4) nachkommt.

§ 4.

Pflichten der Mitglieder.

Wie die Gesamtvereinigung auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut ist, so hat auch jedes Mitglied die Pflicht, sich dieses Vertrauens würdig zu zeigen dadurch, daß es die Ziele der Werksvereinigung fördert. Es entspricht den Zielen der Werksvereinigung, daß jedes Mitglied seine volle Arbeitskraft und Aufmerksamkeit in den Dienst der Produktion stellt und sowohl durch sein Beispiel, wie bei seiner eigenen Tätigkeit, etwa beim sparsamen Verbrauch und der zweckmäßigen Behandlung der Materialien, dem Gedanken Rechnung trägt, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes in gleicher Weise wie im Interesse des Arbeitgebers auch im Interesse des Arbeitnehmers liegt.

§ 6.

Aufnahme der Mitglieder.

Wer in die Vereinigung aufgenommen werden will, hat sich bis zum 15. jeden Monats beim Vorstand schriftlich anzumelden. Die Aufnahme geschieht nach Einholung der Zustimmung der Direktion und nach Prüfung der Voraussetzungen zu § 3 durch den Vorstand in geheimer Abstimmung durch Stimmengleichheit. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Aus diesen Bestimmungen geht doch sonnenklar hervor, daß die Werkvereine den Unternehmern auf Gnade und Ungnade angeliefert sind, daß sie tatsächlich eine Prätorianergarde der Betriebsleitung darstellen und weiter nichts. Eine Vereinigung, in die ein Arbeiter nur aufgenommen werden darf, wenn der Direktor des Werkes die Zustimmung dazu gibt, kann unmöglich gleichberechtigt an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken. Es ist vollkommen unverständlich, wie man ein solches Gebilde als tariffähig, von den Unternehmern unabhängige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeiter ansehen kann. Noch deutlicher wird diese Schwäche der Werkvereine aber durch den Paragraphen 9, der wie folgt lautet:

§ 9.

Zum Zwecke der geordneten Geschäftsführung beruft der Vorstand die Versammlungen nach Bedarf, mindestens jedoch alle Vierteljahre ein. Um die Tagesordnung vorzubereiten, hat regelmäßig eine Vorstandssitzung voranzugehen, zu welcher es im Belieben des engeren Vorstandes liegt, den erweiterten Vorstand hinzuzuziehen. Um anstehende Verhand-

KPD. und Gewerkschaften.

Die KPD. hat nacheinander die verschiedensten Parolen ausgegeben, um die Gewerkschaften zu schädigen, zu zerstören. Zum Beispiel:

„Heraus aus den Gewerkschaften!“

„Gründung kommunistischer Gewerkschaften!“

„Kampf der Unorganisierten gegen die Organisierten unter Führung der KPD.“

„Bei jedem Streik eine zweite Streikleitung!“

„Tarifbruch und Streik überall!“

Die KPD. unterhält in den Gewerkschaften eine eigene Organisation, einen eigenen KPD.-Vertrauenskörper.

Wer die KPD. unterstützt, sei es moralisch oder materiell, schädigt auf schwerste Weise gewerkschaftliche Organisationen, denn die KPD. ist der größte Feind der Gewerkschaften.

Mark. Diese Zölle wurden erst kürzlich wieder erhöht, und eine neue Erhöhung der Agrarzölle wird geplant. Unter solchen Umständen ist es eine Steuerdemagogie, von einer einseitigen Verteilung des gesteigerten Steuerdrucks zuungunsten des Besitzes zu sprechen, wie das kürzlich in dem Aufsatz von Dr. Lion geschehen ist.

Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß sich die Mitgliederzahl der amerikanischen Landeszentrale zur Zeit auf 2 933 545 stellt und somit im vergangenen Jahre um 37 432 gestiegen ist. Über die finanzielle Lage der Landeszentrale sagt der Bericht: Im Mitgliederbeiträge gingen im vergangenen Jahre 432 168 Dollar ein. Andere Einnahmen brachten diese Summe auf 609 633. Mit dem Saldo des letzten Jahres stellt sich die Gesamtsumme der Einnahmen auf 909 742. Die Ausgaben beliefen sich auf 575 181, so daß ein Aktivsaldo von 334 560 zu verzeichnen ist.

Der Kongress dieses Jahres widerspiegelt die Unsicherheit, die durch die steigende Rationalisierung und die damit verknüpfte Freisetzung von Arbeitskräften und die frühe Ausfaltung des Arbeiters aus dem Produktionsprozeß eingetreten ist.

7 Punkte wurden als Richtschnur für die nächste Zukunft in den Vordergrund gestellt.

1. Herabsetzung der europäischen Einwandererquoten und Einführung von Quoten für alle lateinamerikanischen Länder. Damit wird die früher bereits befürwortete Einwanderungspolitik der Regierung bestätigt und erweitert.

2. Annahme eines wirksamen Gesetzes gegen die Einhaltsbefehle. In dieser Hinsicht kann gesagt werden, daß sich der Kampf gegen die Einhaltsbefehle zu einer der wichtigsten Aufgaben der A. F. of L. ausgewachsen hat. Denn durch diese bedrückende Abwägung von Konflikt wird die bereits ziemlich starke Bewegung der Werkvereine, d. h. der unter Kontrolle der Unternehmer stehenden sogenannten „Company Unions“, in hohem Maße gefördert. Dem Kongress wurde denn auch ein Beschlussempfehlung unterbreitet, der mit diesem Uebel gründlich ankämpfen soll. Es soll alles getan werden, um diese Vorlage bei den diesbezüglichen Verhandlungen im Parlament in den Vordergrund zu schieben.

3. Weitere Einführung der Fünftageswoche. Diese ist angesichts der fortschreitenden Rationalisierung nötig, um ein weiteres starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

4. Erweiterung der Kampagne zur Organisierung der Arbeiter im Süden der Vereinigten Staaten. Da im Süden, d. h. im Lande der billigen Arbeitskräfte, immer mehr Fabriken entstehen, sollte die seit Jahrzehnten von den in Betracht kommenden Berufsverbänden geführten Organisationskampagne zu einer Angelegenheit der ganzen Bewegung und besonders der Landeszentrale gemacht werden. Wichtig ist dieser Beschluß im Hinblick darauf, daß es sich im Süden vielfach um ungelernete und ungeschulte Arbeitskräfte handelt, denen die A. F. of L. bis jetzt nicht so viel Aufmerksamkeit widmete.

5. Ausarbeitung von Plänen für die politische Kampagne des Jahres 1930 und Fortsetzung der Anti-Parkepolitik. Damit wird die frühere Taktik der A. F. of L. bestätigt. Die Erkräftung wird weiterhin jene Parlamentarismuskritiker unterstützen, die sich für die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterbewegung einsetzen.

6. Einführung der Altersversicherung. Da die rationalisierte Industrie immer mehr dazu übergeht, ihre stark ausgenutzten Arbeitskräfte schon sehr früh, d. h. noch im Alter von 40 bis 50 Jahren, abzuschreiben und diese Arbeitskräfte die größte Misere haben oder sogar in die Unmöglichkeit versetzt werden, in der Industrie wieder anzukommen, müssen Mittel und Wege gefunden

Wagen und Beschäfte zu vermeiden, wird die Werkleistung von jeder Sitzung und Versammlung verständigt und ist be...

Man könnte den letzten Satz für einen guten Witz halten, wenn es nicht so unendlich traurig wäre, daß es Arbeiter gibt, die sich so vollkommen in geistige und materielle Anarchie begeben...

Aber solche Forderungen wagen die Werksgemeinschaften ja auch gar nicht zu stellen. Sie geben sich mit geringen Sondervergünstigungen und schmalen Weihnachtsgattungen zufrieden...

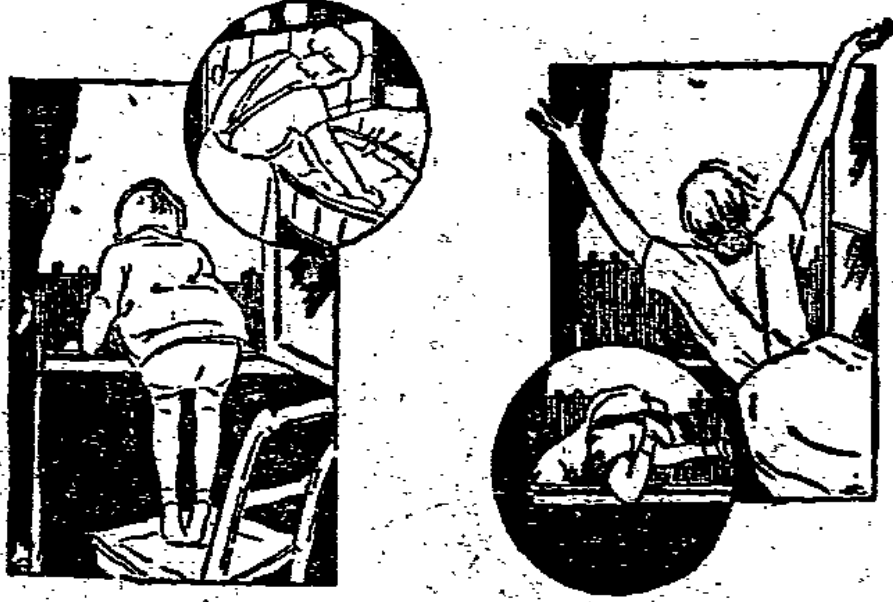
Selbstverständlich berufen sich die Unternehmer auch auf die in der Reichsverfassung garantierte Koalitionsfreiheit, jeder Arbeiter könne sich organisieren, wie und wo er wolle...

Frauenfragen.

Kindertagedien.

Ein mackereschütternder Schrei. Durch die Lüfte fliegt ein helles Bündel und bleibt auf dem Pflaster liegen, eine blutende kann erkennbare Masse. Ein Kind, von der arbeitenden Mutter allein gelassen, ist aus dem Fenster gestürzt...

Immer dasselbe. Ein- bis vierjährige Kinder, die sich schon selbstständig fortbewegen, auf Stühle klettern können und nach allem greifen, aber noch nicht genug Verstand besitzen, um sich selbst vor Gefahren zu schützen...



Laß' Kindchen nicht am Fenster stehen. Ein Unglück ist gar schnell geschehen.

§ 218.

Von Max Cä-Troll

„Ein Gesetz, das in jedem Jahr 800 000 Mütter zu Verbrechern macht, das Gesetz ist kein Gesetz mehr.“ Friedrich Wolf in seinem Drama gegen § 218.

Meisterhütter kam ich eben, da ich diese Seilen niederschreib, aus einer aufrüttelnden Aufführung des Schauspiels von Friedrich Wolf, dem Dichter und Arzt, früheren Kassenarzt im Ruhrgebiet, „Spanakal“.

In aller Klarheit und Eindeutigkeit rasiert dieses Meisterwerk die Schändlichkeit, Menschenfeindlichkeit des furchtbaren Paragraphen 218 des Deutschen Strafgesetzbuches auf, der da lautet:

„Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorfalsch abstreift oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Derselben Bestimmungen finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zur Abtreibung oder Tötung bei ihr angewendet hat.“

Du, ein Heiler, der Vater des Kindes der Selbst des Dramas, der Protestantenin Hete Gent, schlendert am Schluß dem

Trag der Ungleich nach der Demagogik der jungen Mütter ist die unerbittlichen Worte zu:

„Ein Gesetz, das in jedem Jahr 800 000 Mütter zu Verbrechern macht, das Gesetz ist kein Gesetz mehr.“

Und Friedrich Wolf, der Dichter und Kassenarzt, muß es wissen, wenn er in seinem Drama den Arzt bei der Frau Kommerzienrat die Abtreibung gegen „angemessene Entlohnung“ vornehmen läßt...

Du kannst dir alles gestatten, wenn du über den nötigen Mamonn verfügst! Das ist auch der tiefere Sinn dieses erschütternden Werkes!

Es erhebt sich eine Frage von monumentaler Größe: „Warum fordern die deutschen Ärzte nicht in ihren Verbänden die Abschaffung dieses Gesetzes-paragraphen, da sie doch wissen, daß jährlich über 10 000 unerfahrene Mütter an den Folgen ungeschicklicher Behandlung sterben, 800 000 deutsche Mütter sich gegen diesen furchtbaren Paragraphen verschließen?“

Wir wissen, wieviel Elend in armen Proletarierfamilien herrscht durch den allzu reichen Kinderreichtum. Die „Frau Kommerzienrat“ hat ihren Hausarzt, der durch einen kleinen Eingriff die schlanke Elite wieder herstellt. Die Arbeiterfrau aber, die nicht weiß, wie sie das tägliche Brot für die schon vorhandenen „Wärmchen“ herbeschaffen soll, geht in ihrer Verzweiflung zu „Karpfischern“, greift zu den selbstsamsten Mitteln, die ihr „weiße Frauen“ oder „gute Bekannte“ anempfehlen, um nicht ihr, ihres Mannes und ihrer Kinder Elend durch ein neues Wesen zu vermehren.

Die Arbeitermutter weiß, daß dies werdende Kind auf Erden ja doch nur ein Jammerbrot sein muß.

Gerade jetzt kommt aus Graz die Meldung, daß der bekannte Grazer Chirurg, Prof. Dr. Schmerzschmerzlos über 700 Männern, meist aus dem Arbeiterstand, auf deren Wunsch durch eine kleine Operation die Mannbarkeit „sterilisiert“. Der Gerichtsbericht besagt, daß für diese „Patienten“ das Motiv ihres Willens sozialer Art war. Sie standen wirtschaftlich schlecht, was besagen will, daß ihre soziale Lage keinen weiteren Familienzuwachs duldet oder daß bei einer Zeugung gesundheitlicher Schaden für die Nachkommenschaft zu erwarten gemessen wäre.

Welch ein Motiv für ein weiteres soziales Drama, diese Grazer Gerichtsverhandlung!

„Spanakal“ ist der Schrei nach dem Rechte der Selbstbestimmung über sich selbst. Selbstbestimmung ohne „Völkerverbund“. Selbstbestimmung über sich selbst kann aber nur geübt werden, wenn, da dies der einzige Maßstab für das Recht sein kann, die Interessen der Gemeinschaft nicht darunter Not leiden.

Europa, die Welt leiden unter der Überbevölkerung, an der nur das Kapital als Arbeitgeber zur Erzeugung überfließender und daher billiger Arbeitskräfte, die Milliarde und Nationalisten zur Erzeugung von Kanonenfutter und schließlich die Konfessionen zur zahlenmäßigen Vermehrung ihrer Mitglieder ein Interesse haben können.

Ist damit aber der Menschheit, der Allgemeinheit gedient? Müht es ihr nicht viel mehr, wenn nur Kinder zur Welt kommen, die gesund sind?

Bei deren Geburt nicht die Mutter an des Grabes Rand gebracht wird?

Ist es nicht besser, wenn eine Familie nur so viel Kinder zählt, als der Vater mit seinem Auskommen auch gut und ausreichend ernähren und kleiden kann?

Und für die ansteigender Wohnraum vorhanden ist? Darum ist die Forderung nach der Aufhebung des § 218, die der Frau das Recht auf ihren Körper, bis zu einem gewissen Zeitpunkt der Schwangerschaft gibt, damit sie selbst nicht geschädigt wird und unter Aufsicht und Aufsicht des Fachmannes die notwendigen Eingriffe vornehmen kann.

Und da das mittelalterliche Gesetz des Verbots des Eingriffs bei der Frau noch besteht, ist der Entschluß der Männer, die sich in Graz einer kleinen Operation unterziehen, nicht anders zu bemerken als ein Akt der Notwehr gegen einen reaktionären Gesetzgeber.

Warum läßt du, Gesetzgeber, die Armen schuldig werden?

Warum machst du, um mit dem Dichter zu reden, jährlich 800 000 Frauen in der deutschen Republik zu „Verbrechern“ einzig und allein durch das Bestehen eines solchen frauen- und menschenfeindlichen Paragraphen?

Die Beschäftigung von Negerinnen in den Vereinigten Staaten.

NAB. Das Bundesamt für den Frauenschutz hat kürzlich die Ergebnisse mehrerer Erhebungen über die Beschäftigung von Negerinnen in der Industrie veröffentlicht. Bei ihrem Eintritt in die Industrie muß die Negerin, abgesehen davon, daß sie in der Regel keine berufliche Erfahrung besitzt, zahlreiche Schwierigkeiten in bezug auf die mindere Bewertung ihres Geschlechts und ihrer Rasse überwinden. In der Regel werden die Negerinnen mit weniger angenehmen Arbeiten beschäftigt. 50,2 Prozent aller von den industriellen Erhebungen erfassten Negerinnen waren in Tabakfabriken tätig, 19,5 Prozent in Bäckereien, Frucht- und Gemüsekonserverfabriken, Schlachthäusern und Fleischkonserverfabriken und 9,6 Prozent in der Textilindustrie. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die Erhebung diejenigen Negerinnen nicht erfaßt, die mit Reinigungsarbeiten, Wäscherei und ähnlichen Arbeiten in Hotels und Restaurants beschäftigt sind. Nur wenige Negerinnen üben eine Aufsichtstätigkeit aus oder eine Tätigkeit, die eine gewisse Verantwortung erfordert. Immerhin vollzieht sich auch hier langsam ein Wandel. So findet man in der Textilindustrie heute schon Negerinnen als Weberinnen oder in anderen Industrien an den Maschinen usw. Eine große Buchdruckerei beschäftigte sogar 17 Negerinnen bei schwierigen Arbeiten, die selten Frauen anvertraut werden. Diese Druckerei befindet sich in einem der Südstaaten und veröffentlicht eine religiöse Zeitschrift. 7 Negerinnen waren in der Buchbinderei, 3 in der Seherei, 1 beim Buchdruck, 3 an den Monotypemaschinen und 3 als Korrektrinnen beschäftigt.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten.

In drei Bänden sind soeben die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1928 erschienen, die wiederum eine Fülle wertvollen Materials enthalten. Heute wollen wir daraus einige interessante Zahlen über die im Jahre 1928 vorgenommenen Betriebsbesichtigungen mitteilen.

1928 betrug die Gesamtzahl der von der Gewerbeaufsicht ausgeführten Besichtigungen 428 283. Von diesen vorgenommenen Besichtigungen entfielen auf Betriebsbesichtigungen 305 260 und auf Unfalluntersuchungen 42 544. Und von 305 260 besichtigten Anlagen wurden 263 290 einmal, 27 189 zweimal und 14 781 dreimal und mehrmals besichtigt. Auf Nachtbesichtigungen entfielen 10 557 und auf Besichtigungen an Sonn- und Feiertagen 12 898.

Es wurden 1928 gegenüber 1927 22 076 Besichtigungen mehr vorgenommen. Durch diese Mehrbesichtigungen erfahren die in der Nacht vorgenommenen Besichtigungen eine Steigerung von 595 und die an Sonn- und Feiertagen vorgenommenen Besichtigungen

eine Steigerung von 1000. Die Unfalluntersuchungen liegen um 1502 und die der Anlagebesichtigungen um 18 150 usw.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine umfangreiche Tätigkeit. Und die Arbeit mußte von Organen bewältigt werden, die nicht ausschließlich mit Personal verfügt sind. Im Deutschen Reich gab es am 1. Juli 1929 744 Gewerbe- und 405 Bergbauaufsichtsbeamte. 1149 Beamte standen also im Dienst des Arbeitsschutzes. In der Zahl von 1149 Beamten sind natürlich sämtliche Beamtengrade enthalten. Für die Aufrechterhaltung kommt etwa rund die Hälfte der Gewerbeaufsichtsbeamten in Frage.

Wenn wir die Zahl von 800 Beamten als unmittelfähige Kontrollbeamte annehmen und diese Zahl durch die 428 283 vorgenommenen Besichtigungen teilen, so ergibt sich, daß jeder von den 800 Beamten 718 Besichtigungsgänge im Jahre 1928 auszuführen hatte. Auf jeden Beamten entfallen täglich zwei Besichtigungen.

Man kann nun die Frage stellen: Wieviel Betriebsanlagen bleiben in Deutschland im Jahre unbesichtigt, unkontrolliert? Nach den neuen Gewerbeaufsichtsberichten gibt es rund 682 942 zu kontrollierende Betriebsstätten. Und diese verteilen sich wie folgt:

Die Zahl der Betriebe mit 1 bis 4 Arbeitnehmern, in denen motorische Kraft benutzt wird, beträgt 400 478. Und die Zahl der Betriebe mit 5 bis 49 Arbeitnehmern beträgt 245 177. Die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern beläuft sich auf 37 488.

Wenn 1928 rund 682 942 Anlagen der Kontrolle unterstanden und 305 260 direkte Betriebsbesichtigungen vorgenommen wurden, so ist jede zweite Anlage einmal im Jahre kontrolliert worden.

Unsere Forderung, daß jeder Betrieb mindestens einmal im Jahre einer Besichtigung unterzogen wird, ist also erst zur Hälfte erfüllt. Es bedarf demnach immer noch unseres Hinwieses, daß die heutige Gewerbeaufsicht noch keineswegs unseren Wünschen entspricht.

Wie notwendig die Gewerbeaufsicht ergibt sich aus Zuwanderungen gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern, die in die Kaufende gehen. Und zwar wurden 1928 Zuwanderungen ermittelt:

Table with 2 columns: Category and Count. Categories include 'Abfertigungen formeller Vorschriften, Anhänge' (96 275), 'Zuwanderungen usw.' (44 182), 'Jugendlichen und Kindern' (97 407).

Da die Hälfte der Anlagen nicht besucht wurden, so müssen die tatsächlichen Zuwanderungen auf mindestens 200 000 veranschlagt werden. Das deutsche Unternehmertum verfährt demnach in bezug auf die Durchführung des gesetzlichen Arbeitsschutzes sehr sorglos, was sich natürlich sehr zum Schaden der Arbeitnehmerschaft auswirkt. Gäbe es keine Gewerbeaufsicht, dann wäre es mit der praktischen Durchführung des Arbeitsschutzes schlecht bestellt.

Die 97 000 Zuwanderungen wurden in 55 532 Anlagen ermittelt. Die Anzahl der wegen Zuwanderungen bestraften Personen beträgt 10 078. Da wir 428 283 Besichtigungen zählten, so hat jeder siebte Betrieb die Gesetzesvorschrift übertreten.

Und die Schlussfolgerung ist: Die Gewerbeaufsicht muß noch weiter ausgebaut werden. Nur durch Neueinstellung von Gewerbeaufsichtskräften ist die Möglichkeit gegeben, sämtliche Betriebe durch die Gewerbeaufsichtskontrolle zu erfassen. Und nur durch eine straffe Aufsicht kann die deutsche Arbeitnehmerschaft in den restlichen Genuß des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzes gelangen.

Also: Hoffen wir, daß die kommende Reform der Gewerbeaufsicht zu Zug und Frommen der Arbeitnehmerschaft sich auswirkt. G. P.

Wirtschaftliches.

Die Massenbelastung durch Zölle.

Auffschlußreiche Mitteilungen wurden vom Statistischen Reichsamt über die deutschen Zollerträge in den Jahren 1927 und 1928 gemacht. (Wirtschaft und Statistik, 1. Oktoberheft.) Im Jahre 1928 betragen die Zolleinnahmen 1,2 Milliarden Mark bei einem Wert der verzollten Waren von etwa 7,2 Milliarden Mark. Dementsprechend wurden die Waren durchschnittlich mit einem Zoll von 17 Prozent vom Werte der eingeführten Waren belegt. Bei der Einfuhr von lebenden Tieren betrug die Zollbelastung 20 Prozent, bei Lebensmitteln und Getränken 19 Prozent, bei Rohstoffen und halbfertigen Waren 18 Prozent, bei fertigen Waren 11 Prozent. Die Weizenzölle erbrachten 1928 124 Millionen, die Zölle auf Roggen, Gerste, Hafer und Mais zusammen mehr als 100 Millionen, die Zölle auf Fleisch und Fisch 35 Millionen, auf Milch, Butter, Käse und Eier 62 Millionen, auf Wein 40 Millionen, auf Baum- und Holz 32 Millionen, Mineralöle 111 Millionen Mark. Die Einfuhrzölle, die den Landwirten bei der Ausfuhr von Getreide und Fleisch gegeben und die zur Bezahlung der Zölle von Getreide und anderen Lebensmitteln verwendet werden, verursachten der Reichskasse 1928 eine Ausgabe von mehr als 60 Millionen Mark. Die Verteuerung der im Inland erzeugten zollgeschützten Waren belief sich freilich auf das Vielfache des Zollertrages.

Gegen den Zwang der Kartellbestimmungen.

Im Sommer 1927 wurde ein Reichsverband deutscher Steinholzfabrikanten in Form eines regelrechten Kartells gegründet. Dieses sollte auch die Regelung der Preise vornehmen. Man hatte sich bei der Gründung der Hilfe des Chlormagnesium-Syndikats versichert und der Generaldirektor des letzteren hatte in der Gründerversammlung des Reichsverbandes wörtlich erklärt, daß „bezüglich der Außenleiter keine Gefahr bestehe, da gegen diese Maßnahmen getroffen werden könnten, die wirksamer ausfallen würden, als von mancher Seite angenommen wurde“. Als Maßnahme war gedacht, daß den Außenleitern die Chlormagnesium-Lauge gesperrt werden sollte. Das alles ist nicht eingetreten, weshalb einige Mitglieder dazu übergingen, sich gegen die Satzungen anzulehnen. Einige kündigten stillschweigend, und der Reichsverband hat bei dem Kartellgericht beantragt, die verbandsmäßigen Mitglieder zum Verbleiben im Kartell zu zwingen. Zwar hat der Verband zugegeben, daß den Mitgliedern die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen niemals zugesichert, sondern ihnen nur in Aussicht gestellt worden sei, daß der Verband danach streben werde, den Außenleitern Schwierigkeiten zu machen. Das Kartellgericht ist in seinem Entscheid vom 27. Oktober 1929 (Wkt. R. 214.29) zu der Entscheidung gekommen, daß die stillschweigende Kündigung einiger Mitglieder des Verbandes berechtigt sei. U. a. wurde dies folgendermaßen begründet: „Wenn in einem Preiskartell die Umgehungen der Preisvorschriften einen solchen Umfang angenommen haben, wie es im vorliegenden Falle vom Verbands selbst zugegeben wird, dann ist das Recht zur stillschweigenden Kündigung ohne weiteres begründet.“ Auch dieser Fall beweist wieder, daß Kartelle unter allen möglichen Versprechungen ins Leben gerufen werden, die betreffenden Mitglieder an diese Versprechungen glauben und es sich schließlich herausstellt, daß sie nicht gehalten werden können. Die Folge ist die Unzufriedenheit und der Wunsch, die lästigen Bestimmungen von sich abzuwenden. Das Kartellgericht trägt nur einer faktisch eingetretenen Sachlage Rechnung, wenn es die Entschlußfreiheit der kartellmässigen Mitglieder wieder herstellt.

Die Arbeitslosigkeit.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 29. Oktober bis 2. November liegt die Kurve der Arbeitslosigkeit in den Berichtswochen weiter an; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug ungefähr 865 000. Die Zahl der Arbeitslosen ist natürlich größer als die Zahl der Unterstützungsempfänger. Die stärksten Zugänge, in manchen Bezirken mehr als die Hälfte, kamen aus dem Bergwerke. Auch die Saisonbetriebe der Industrie der Steine und Erden gaben weitere Arbeitskräfte frei. Metallindustrie und Holzgewerbe litten unter dem Druck, der von dem geringeren Beschäftigungsstand des Baumarktes ausging. Über

auch darüber hinaus ist die Widerstandsfähigkeit dieser Gewerkegruppen allmählich schwächer geworden.

Die Stärke, die der Arbeitsmarkt von dem Beginn der Winterfallon und der Vorbereitung des Weihnachtsgeschäftes allmählich erfährt, kam in erster Linie der Frauenbeschäftigung zugute; doch konnte diese Saisonbelegung die Entlassungen nicht ganz ausgleichen, die Landwirtschaft und Gast- und Schankwirtschaft vorzuziehen.

Folgen der Rationalisierung.

Die Einführung von arbeitssparenden Maschinen beansprucht große Aufwendungen, die die Vollausschüttung der Anlagen erfordern. Die feststehenden Kosten z. B. für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals laufen weiter, gleichgültig, ob der Betrieb voll oder gar nicht beschäftigt ist. Dagegen ist es wohl möglich, Ersparnisse an Löhnen zu machen, wenn eine Zeilung mit voller Leistungsfähigkeit gearbeitet und nach Aufarbeitung der Bestellungen der Betrieb stillgelegt oder eingeschränkt wird. Diese Praxis wird, wie im letzten Heft der "Wirtschaftskurve" geschildert wird, gerade in Zeiten stark wechselnden Geschäftsganges neuerdings häufig angewandt. Statt die Arbeit über eine längere Spanne hin zu "strecken", wird sie zusammengebrängt, nachher aber werden die Arbeiter entlassen. Nicht in allen Betrieben ist diese Praxis möglich, sie konnte aber gerade in bedeutenden Industriezweigen mit spezialisierter Produktion und großen Unternehmungen mit ausgebreiteter Belegschaft Fuß fassen. Die Folge dieser neuartigen Betriebsweise ist die Entlassung der Hilfskräfte in Zeiten nachlassender Beschäftigung. Damit entsteht eine neue Belastung des Arbeitsmarktes. Die Kurzarbeit geht zwar bei diesem System der zeitlichen Zusammendrängung der Beschäftigung zurück, dafür muß die Vollarbeitslosigkeit wachsen. Für eine Stetigkeit des Beschäftigungsgrades wäre ein Ausgleich der Beschäftigungsschwankungen erforderlich. Was aber hier geschieht, ist genau das Gegenteil dieser Bestrebung. Durch die hier geschilderte Praxis werden die Beschäftigungsschwankungen noch erheblich vergrößert.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

265 Mk. verschenkt!

Vor der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Essen treffen sich zwei Kollegen aus dem Baugewerbe. Der eine hat dort gerade eine Klage wegen Minderentlohnung eingereicht, da er monatelang unter Tarif entlohnt wurde. Sein Kollege erkundigt sich nach dem Verbandsbuch. Resultat: seit Jahren unorganisiert! Da gab er ihm gleich den Rat, die Klage zurückzuziehen, da er sonst noch die Kosten dazu bezahlen müsse. Der Unorganisierte hatte zunächst die Klage erst vier Wochen nach seiner Entlassung eingereicht, während der Tarifvertrag verlangt, daß binnen 21 Tagen nach Eintritt der Streitigkeit die Schlichtungskommission des Baugewerbes als Güteinstanz angerufen werden muß. Erster Grund: Fristversäumnis! - Ferner war die neue Lohnordnung seit dem April dieses Jahres nur zwischen den Vertragsparteien bindend, da die Allgemeinverbindlichkeit erst am 14. September ausgesprochen wurde. Zweiter Grund: Unorganisierte haben keinen Anspruch auf die tariflichen Löhne! Diese kurzen Darlegungen überzeugten und brachten den Säumigen zu der Erkenntnis, daß es ohne Aufklärung durch den Verband doch nicht geht. Er ließ sich sofort einen Aufnahmechein geben und trat wieder dem Verbands bei. Hoffentlich lernen aus diesem Vorgang noch recht viel Kollegen!

Zerstörung des Gewerkschaftsapparates.

In der kommunistischen "Information" Nr. 2 vom Oktober 1929 steht es geschrieben, Aufgabe des kommunistischen Gewerkschaftskongresses sei die Zerstörung des - Gewerkschaftsapparates". Außerdem heißt es in diesem auf schlechtestem Papier geschriebenen noch schlechterem Text:

Das Programm des Kongresses umfaßt auch die politische Linie des Kampfes gegen den Staat.

Gegen die Republik mit allen Freiheiten richtet sich der Kampf der Kommunisten. Sie wünschen sich auch für Deutschland russischen Absolutismus.

Für die Monate Dezember und Januar hat die KPD, wie dieses schlechte Papier ankündigt, Oppositionskonferenzen für die Arbeiter der Chemie vorgelesen. Wenn die KPD auf vernünftige Arbeiter Einfluß hätte, könnte sie gemeingefährlich werden. Aber da besteht keine Gefahr. Wer eine Leistung hat wie die KPD, der kann kein Unheil stiften. Wer seit einem Jahrzehnt Unsinns macht, der hat sich das Privileg erworben, diese Tätigkeit weiter auszuüben als Reservatrecht. Den Fabrikarbeiterverband wird die KPD, auch nicht erobert mit der angekündigten Oppositionszeitung. Der Inhalt wird das schönste Papier zu Makulatur machen, wie die Erfahrung längst gelehrt hat. Und eines Tages wird Stalin rufen: Ihr deutschen Unglücksstraben, gebt mir meine Millionen wieder!

Der kommunistische Gewerkschaftskongress in Frankreich.

Im September hat er getagt. Es muß dort sehr bunt zugegangen sein. Zerrissenheit, tausend Parolen und doch Planlosigkeit, Mistran, Zucht vor gegenseitigem Verrat. Von 63 Verbänden fanden 148 in energischer Opposition. Sie wandten sich vor allem gegen die Einmischung der kommunistischen Partei in die Gewerkschaften. Chartrain sagte: Ich verachte aufs tiefste die kommunistische Partei! Olivier von den Hafenarbeitern von Dunkerque erklärte: Die Mehrheit lebt nur von Biess und Lüge. Daher fliehen die Massen aus dem kommunistischen Gewerkschaftsverband". Und von dem Glasarbeiter Hermann, der ostentativ sitzen blieb, als der Führer der kommunistischen Partei Marcel Cachin in den Saal kam, veröffentlicht die Humanität eine abscheuliche Karikatur. Auch ein Moskauer Vertreter, dem die französische Regierung das Visum verweigert hatte, war heimlich anwesend. In einer endlosen Rede versuchte er vergeblich, die Minderheit anzuführen. Als nun anschließend die kommunistischen Nahrungsmittelearbeiter ihren Kongress veranstalteten, wiesen sie den Delegierten der kommunistischen Partei,

der nur die Größe seiner Parteiloyalität überbringen wollte, aus dem Saal. Hier zeigt sich unter Anlehnung an die von Chambelland soeben gegründete Ligue syndicaliste der Keim einer energischen Opposition gegen die kommunistische Gewerkschaftsleitung von Léon Monmousseau. Diese Opposition ist nicht mehr zum Schweigen zu bringen. Die vorher kommunistischen Verbände der Elektrizitäts- und Erdarbeiter haben bereits im vorigen Jahre zum Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund zurückgefunden!

Kein vernünftiger Mensch will mit der KPD etwas zu tun haben. Ein gutes Zeichen der Gesundung.

Rundschau.

"Wir müssen spalten", das Aktionsprogramm der KPD.

Die Zentrale der KPD und ihrer Helfershelfer, die vor lauter Taktik und Taktak nicht mehr wissen was sie wollen, haben es zur Zeit wieder als ihre besondere Aufgabe betrachtet, die Organisationen der Arbeiterklasse zu spalten. Mit revolutionären Phrasen und mit viel Geschimpfe über die reformistischen Führer der Gewerkschaften, der Freidenker, der Genossenschaften, der Sportler usw. versuchen die Führer der KPD, und ihre Beauftragten ihre elendigen Rollen als Lakaien der Bourgeoisie zu verdecken. Daß sich die KPD ihrer arbeiterschädigenden Handlungsweise aber voll und ganz bewußt ist, das zeigen uns klar nachfolgende Lesefrüchte aus einem Bande der Bibliothek der Kommunistischen Internationale (Verlag der Komm. Int.). Dort heißt es:

Man stellt uns (die Kommunisten) als berufsmäßige Spalter hin, und die objektiven Verhältnisse erleichtern dies den Leuten.

"Ich will die Einheit!" Das ist die Stimmung der Arbeiter. Und sollte auch die Stimmung nach einer einheitlichen Partei hundertmal so stark sein, - wir dürfen ihr nie nachgeben.

Der Unwille der Arbeiterklasse gegen Spaltungen ist nur zu begreiflich. Das Streben nach Einheit ist sehr oft, ja fast immer ein revolutionärer Faktor, ein Faktor, der bei der unterdrückten Klasse selbstverständlich und nötig ist. Die Macht der Arbeiterklasse besteht darin, daß sie Millionen zusammenhält, es ist die Macht der Zahl. Daß sie gegen Spaltungen ist, ist ein durchaus verständliches und gerechtes Gefühl. Aber wir können nicht immer diesen Stimmungen nachgeben. Wir müssen spalten!

So sieht also das Aktionsprogramm der Kommunisten aus. Anstatt mit aufzubauen, versuchen sie den proletarischen Organisationen durch Spaltungen die Kampfeskraft zu nehmen, unterstützen durch ihre Handlungsweise offen das Bürgertum und nennen ihre Handlungsweise dann noch Klassenkampf. Klassenkampf? Ja, aber gegen die Arbeiterklasse!

Eine vorläufige Antwort an den kommunistischen Gewerkschaftskongress.

Der kommunistische Stadtrat Jrgang-Tempelhof ist mit 20 kommunistischen Funktionären aus der KPD getreten. Es handelt sich zumeist um Arbeitervertreter, die schon in der Vorkriegszeit in den Reihen der Sozialdemokratie ihren Mann gestanden haben. Sie erklären ihren Austritt damit, daß sie die Vertretung einer Politik, die die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung zum Ziele habe, vor ihrem Gewissen nicht länger verantworten könnten. So vollzieht sich die Gesundung der Arbeiterbewegung.

Das Justizhaus-Volksbegehren.

Die Zahl der Eintragungen zum Volksbegehren stand zur Zeit des Abschlusses dieser Nummer unserer Zeitung noch nicht genau fest. Wesentliche Verschiebungen der Zahlen dürften jedoch nicht mehr eintreten. Zuletzt lautete das Resultat: Eintragungen überhaupt 4133 812, in Prozent der Reichstagswähler 10,06. Da die Zahl der Wähler zum Deutschen Reichstag am 20. Mai 1928 insgesamt 41 073 459 betrug, so sind bei der Eintragung knapp 10 Prozent der Wählerstimmen erreicht, die notwendig sind zur Weiterverfolgung des Justizhausplanes. Das ist kein Riesenerfolg. Dafür hat der Verantwortliche für den ganzen Skandal, der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Hugenberg, einen anderen Erfolg, nämlich: Hugenberg hat im "Berliner Lokalanzeiger" einen Artikel gebracht, in dem er gegen die mit der Feststellung des Urteils des Volksbegehrens bekräftigten Beamten schwere Vorwürfe erhob. Nun hat der Reichsminister des Innern als deren Dienstvorgesetzter Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Darauf hat der Generalsstaatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin beantragt, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Hugenberg wegen der genannten Straftat herbeizuführen.

Brüderlein Irisk.

Die Gräfin von Königsmarschke Weinkellerei O. S. vermachte am 1. November 1929 an die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes Preislisten ihrer Weine mit diesem Motto an der Spitze:

Wenn der Deutsche sich seiner Kraft recht bewußt werden soll, muß er erst eine halbe Flasche Wein im Leibe haben oder besser noch eine ganze.

Friedrichshub, den 1. April 1892. v. Bismarck. Eine Schmeichelei ist das gerade nicht für die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes. Man sieht aber auch, mit welcher unsinnigen und unwahren Argumenten Propaganda gemacht wird.

Juder in Afrika.

Im Jahr 1860 ließ man einige tausend Juder nach dem süd-afrikanischen Staat Natal kommen, weil sie für die Arbeit in den Zuckerplantagen geeigneter waren als die Schwarzen, die ihr Heim noch nach den Dörfern nicht überwinden konnten und immer wieder ausstiegen. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich diese Juder so vermehrt, daß heute in Natal 160 000 leben, deren emporkommende Elemente den ganzen Handel an sich gerissen haben. Wie die Negerschwärze in Südafrika kein Wahlrecht, aber gegenüber den Schwarzen doch verschiedene Vorrechte genießen. Die Rassenfrage ist in Südafrika noch kritischer als in den Vereinigten Staaten. In der Südafrikanischen Union wohnen 17 Millionen Weiße gegenüber 6 Millionen Farbigen. Die Klasse ist unüberdrückbar. Alle Varen finden es sogar unglücklich, daß in Kapstadt und Johannesburg heute die Negers - den Bürgerkrieg bezwingen dürfen! Die Frage,

ob schwarz oder weiß, ist dort nicht selten gang von Zufall abhängig, man entscheidet nicht nach der Herkunft, sondern nach den Aussehen. So kommt es, daß der eine Bruder weiß genug ist, um eine höhere Schule zu besuchen, dem anderen aber wegen braunlicher Schattierung jeder Aufstieg verschlossen bleibt. Nicht das Blut entscheidet, sondern - Farbe. Coloured People nennt man die Mischlinge, von denen viele noch aus jenen Stieberszeiten stammen, wo sich die Holländer, welche ins Land kamen, bedenkenlos mit den Hottentotten vermischten.

Verbandsnachrichten.

§ 1 des Kartellrechts.

Auf Wunsch zahlreicher Hörer unserer Schule im Wennigsen sei hier der Wortlaut des § 1 der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung (Kartellverordnung) vom 2. November 1923 im Wortlaut wiedergegeben: Verträge und Beschlüsse, welche Verpflichtungen über die Handhabung der Erzeugung oder des Absatzes, die Anwendung von Geschäftsbedingungen, die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Konventionen und ähnliche Abmachungen, bedürfen der schriftlichen Form.

Ausgeschlossen.

wurde auf Grund des § 14 Abs. 4 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Alfred Man, Mitgliedsnummer: 837 487. Auf Grund des § 14 Ziffer 3 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hamburg, Hermann Meier, Buch-Nr. S II 199 648.

Verlorene Mitgliedskarten.

Im Unterbezirk Neuteich der Zahlstelle Danzig sind vier vollgeklebte Mitgliedskarten verloren gegangen. Damit nun dadurch nicht Irrtümlichkeiten vorkommen können, über die erst. Finder damit Mißbrauch treiben können, teilen wir Namen und die Nummern der verlorenen Karten mit.

- Johannes Klingenberg, Karten-Nr. 893 048, Karl Fischer, Karten-Nr. 893 042, Heinrich Welschki, Karten-Nr. 893 047, Paul Neubert, Karten-Nr. 880 714.

Buch gestohlen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 932 672 des Kollegen Philipp Kramer, Mitglied der Zahlstelle Neumied, geb. am 14. Juni 1893 in Rheinbrohl, eingetrafen am 25. März 1919 in Höningen a. Rh., ist angeklagt gestohlen worden. Sollte das Buch vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen und an den Hauptvorstand einzusenden. Der Vorzeiger ist polizeilich festzustellen.

Literarisches.

Karl Marx, "Das Kapital". Kritik der politischen Ökonomie. Im Zusammenhang ausgewählt und eingeleitet von Dr. Benedikt Kaufsky. I. Erstes Buch: 446 Seiten. II. Zweites und drittes Buch: 368 Seiten. (Kroner's Taschenausgabe Band 64/65). Jeder Band in Leinen 3,75 Mk. Alfred-Kröner-Verlag, Leipzig. Das "Kapital" ist das Hauptwerk des wissenschaftlichen Sozialismus. Kein zweites Buch der Welt hat Wirklichkeit und Denken unserer Zeit so entscheidend umgestaltet. Im Streif der Parteien und Weltanschauungen bleibt es unbestritten als ein Grundstein wirtschaftlichen Denkens, auf dem jegliches Verständnis heutiger Politik und Wirtschaft beruht. Das Leben des "Kapital" war eine zeitraubende Arbeit. Man mußte die umfangreiche dreibändige Gesamtausgabe benutzen oder sich mit Wüstenlesen begnügen, die den Text willkürlich umstellen. Im Gegenfall dazu gibt die vorliegende Ausgabe in zwei Bänden den Text des "Kapital" in seinem gesamten Zusammenhang. Der erste Band umfaßt Buch I, der zweite Band Buch II und III des Gesamtwerkes. Wezählten nur solche Stücke historischen oder speziellen Inhalts, die nur den Fachmann der Volkswirtschaft angehen, ohne den Gedankenang zu fördern. Ihr Inhalt ist vom Herausgeber in Klammern stets kurz mitgeteilt, so daß der Leser den vollen Gehalt des Gesamtwerkes in zusammengefaßter Form in Händen hat. - Eine ausführliche Einleitung, ein Fremdwörterverzeichnis, ein erläuterndes Namens- und Sachregister und eine Übersicht über die ausgelassenen Stücke räumen dem Leser sorgfältig die Schwierigkeiten aus dem Wege und machen die Ausgabe auch für wissenschaftliche Zwecke benutzbar. Dr. Eva Herforth. Strukturwandlungen im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands. 61 Seiten Oktav. Preis 2 Mk., für Mitglieder der 40 Pf. Verlag Augustf. Brey, Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et.

Arbeitszeitproblem und Industriekostenwirtschaft. (Theorie der optimalwirtschaftlichen Betriebszeit.) Von Dr. Wilhelm Ch. Hauck, Diplomalufmann. Mit 60 Tabellen, 48 Schaubildern und einer Materialsammlung. Betriebs- und finanzwissenschaftliche Forschungen. Herausgegeben von Prof. Dr. F. Schmidt. II. Serie, Heft 43, 288 Seiten. Preis kartoniert 8 Mk. Industrieverlag Spaeth & Linder, Berlin W 10, Genshiner Straße 42. Mit dieser umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung tritt das Arbeitszeitproblem zum ersten Male in den Forschungsbereich der Betriebswirtschaftslehre. Der Kern der Untersuchung ist der Betrieb und seine Kräfte. Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis, daß jeder Betrieb seine ihm allein eigene optimalwirtschaftliche Betriebszeit hat, mit andern Worten: Es ist nicht möglich, einen für alle Betriebe und alle Industrien geltenden Arbeitstag zu schaffen. Aber die Arbeitszeitfrage geht heute nicht nur den einzelnen Betrieb und seine verantwortlichen Leiter allein an... seitdem die sozialpolitische Entwicklung der letzten 50 Jahre einen starken Einfluß auf die Selbständigkeit der Betriebe gewonnen hat. Diese Frage geht heute die gesamte Wirtschaft an, sie ist sogar ein internationales Problem geworden. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob es der Betriebswirtschaftslehre gelingen wird, die Gegensätze zwischen den durch Recht und Entwicklung geschaffenen Normen und dem Betriebsinteresse auszugleichen. Und für die Forderung nach einem allgemeinen Arbeitstag über die ganze Wirtschaft hinweg die einwandfreie wirtschaftliche Grundlage zu schaffen (der Verfasser verneint diese einwandfreie wirtschaftliche Grundlage), oder ihre Unmöglichkeit darzutun, dazu gehört eine sehr objektive Wissenschaft. Gibt es die aber? Immerhin, den Theoretiker und Praktiker, den Forscher und Politiker kann das Buch fesseln, seines reichen Materials wegen. "Urwelt", ein neues Buch von Dr. O. Haufer. Dr. Haufer ist nicht nur der erste gewesen, der die ersten vermessungstechnisch einwandfreien Ausgrabungen lieferte und so für alle Zeiten unantastbare Schichtenprofile geschaffen hat, er machte auch die großen wandelnden Funde, die der Wissenschaft vom Urzeitmenschen neue Wege wiesen. Das neue Buch Dr. O. Haufers, "Urwelt", reich illustriert und in Leinen gebunden, Preis 3 Mk. für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, Berlin, beweist, daß es Haufer nur um die Sache zu tun ist. Dr. Haufer läßt nur gehen, was er vor sich sieht. In seinem Buch erzählt er von dieser mühevollen Arbeit und ihren Ergebnissen. Wir erleben das Wunder der Auffindung des Urzeitmenschen. Nicht minder wichtig ist das Auffinden von Werkzeugen und Geräten des urzeitlichen Menschen. Wir erfahren Genaues über die urzeitlichen Werkzeuge, über die Paläotechnik (Urtechnik), über die Erfindung der ersten Nadel, über das soziale Leben der Urzeit, über die ersten künstlerischen Äußerungen und über die Entwicklung der Frau vom Geschlechtsstier bis zur sozial höherstehenden Gestalt des Mannes. Haufer weiß, daß die Wissenschaft nur dann einen Sinn hat, wenn sie laufende ist, sich allgemeinverständlich ausdrücken kann. Das Buch "Urwelt" geht von dieser Voraussetzung aus und erfüllt sie, und so darf denn diese Rezension der Büchergilde auf höchste Beachtung hoffen.

Chemische Industrie

Am Alten hängt — zum Alten drängt doch alles.

Ein Jubiläumsfest.

Der Krieg hat die gelben Werkvereine hinweggefegt. Die Gemische Großindustrie stellte sich nach dem Kriege auf den Boden der gegebenen Tatsachen und schloß mit unserem Verband Tarife ab. In der früheren Arbeits-, späteren Tarifgemeinschaft wurde von den Prominenten der chemischen Industrie wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die alte Zeit endgültig begraben sei. Zum Überschuß schrieb der Sohn des Geheimrats Professor Dr. Quisberg, Kurt Quisberg, ein Buch „Die Arbeiterchaft der chemischen Großindustrie“, worin er den Nachweis führte, daß die Vorkriegseinstellung der chemischen Großindustrie gegenüber den Arbeiterorganisationen, die sie durch die gelben Werkvereine bekämpfen wollte, nicht zum Ziele führen konnte, weil die Arbeiterpflicht von den Unternehmern falsch eingeschätzt worden war.

Im Laufe der Zeit zeigten sich auch in der chemischen Großindustrie wieder, Anlässe der gelben Werkvereinsbewegung. Diese Bewegung mußte aber am Widerstand der organisierten Arbeiterchaft scheitern, und auch die ehemaligen Gelben, die als wildgewordene Spießer in der kommunistischen Bewegung ihr Unwesen trieben, hatten das Vertrauen zur Werkvereinsbewegung verloren. Trotzdem konnte fortgesetzt beobachtet werden, wie die Unternehmer mit dem Werkvereinsgedanken weiter spielten. Der sogenannte Kampf um die Seele des Arbeiters wurde von den Unternehmern in der verschiedensten Form geführt und hat seinen Abschluß in dem Gedanken der Werksgemeinschaft gefunden. Diese Werksgemeinschaft ist dem Inhalt nach nichts weiter als die Fortsetzung der ehemaligen Werkvereinsbewegung, wenn die Unternehmer das auch bestreiten.

Der Boden der gegebenen Tatsachen soll für die Unternehmer die Verbindungsbrücke mit der alten Zeit darstellen. Man sehnt sich zurück zu dem Verhältnis des „Herrn-im-Hause-Standpunktes“, wobei die Arbeiter nur als Objekte der Unternehmerinteressen dienen, ohne irgendwelches Mitbestimmungsrecht zu besitzen.

Die den Arbeitern durch das Betriebsrätegesetz garantierten Rechte sind den Herren unangenehm. Da sie das Gesetz nicht abschaffen können, suchen sie es nach altem Rezept durch Pensionskassen, Jubilarsfeiern und Ähnliches zu überwinden. Typisch für diese Einstellung war das 10. Jubiläumsfest in Leverkusen. Nach der Werkzeitung „Die Erholung“ waren rund 1000 Jubilare der Einladung des Jubilarsvereins gefolgt. Mühselorträge und Deklamationen gaben dem Fest den Rahmen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Buchloh, gab in seinem Bericht bekannt, daß am 12. Oktober die früheren Farbenfabriken in Elberfeld, Leverkusen und Dormagen 1820 Jubilare zählten, darunter 180 Neujubilare, unter diesen 24 mit 40jähriger Dienstzeit, worunter sich drei Herren des Direktoriums befinden. Herr Buchloh dankte nach dem Bericht mit warmen Worten für einige Stiftungen, die dem Verein zugeflossen sind, und stellte dann fest, daß der Verein jetzt neun Mitglieder besitzt, die als Mitglieder des Direktoriums ihr 40jähriges Jubiläum begehen konnten. Diese neun Herren wurden aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Vereins zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Nach Herrn Buchloh kam Herr Justizrat Doerner zu Wort. Er hob als Vertreter des Direktoriums in berechteter Weise die Grundgedanken des Jubilarsfestes hervor, die Gemeinschaft aller Werkstätigen und die Werksgemeinschaft überhaupt.

Als Glanzpunkt der Feier wird eine Rede des Herrn Geheimrat Dr. Quisberg bezeichnet. Er entbot im Namen des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats der Versammlung und den Jubilaren herzlichen Gruß und Dank für treue Mitarbeit. Die Jubilare habe er früher öfters als „Garde der Farbenfabriken“ bezeichnet. Wenn es auch heute keine Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. mehr gebe, so sei doch die Fusion mit der I.-G. Farbenindustrie eine Notwendigkeit gewesen. Die I.-G. sei vorbildlich und habe durch die Zusammenlegung der Betriebe innerhalb der Riesenfirma große Vorteile gebracht, indem die Waren wesentlich billiger hergestellt werden konnten und die chemische Industrie besser als früher konkurrenzfähig gemacht sei. Die Entwicklung ist aber noch nicht am Ende, es muß alles noch weiter vereinfacht werden. Niemand soll aber glauben, daß dies etwa Lohn- oder Gehaltsvertingerungen für die einzelnen bedeute. (Die Massenentlassungen von Arbeitern hat Herr Geheimrat Quisberg zu erwähnen vergessen.) Wir sind verpflichtet, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, denn wir Deutschen können in dieser frühen Zeit nur durch Fleiß und äußerste Energie eine bessere Zukunft gewährleisten.

Nun kommt der große Moment des Abends. Herr Geheimrat Quisberg ging auf das Wesen wirklicher Arbeit ein. Nur diese hat uns Deutsche groß gemacht, und nur diese vermag die Wunden, die der Krieg geschlagen, zu heilen. Sind nun Werkleitung und Werkangehörige eng verbunden in ihrer Arbeit, so soll darüber hinaus auch das Menschliche gepflegt werden. Das Zusammensein von Werkleitung und Arbeitern bei den Jubilarsfesten soll hierfür nach wie vor das Sinnbild bleiben. Der Redner ermahnte die Jubilare, Beamte wie Arbeiter, sich auch ganz besonders der Jugend anzunehmen und, sie zur Gemeinschaftsarbeit zu erziehen. Die Jubilare sollen überdies nach außen und nach innen fest zusammenhalten, nicht nur in Werksangelegenheiten, sondern auch in allgemeinen Fragen. Herr Geheimrat Quisberg ließ seine glänzende Improvisation in ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausklingen.

Nunmehr sprach ein Herr Rüdiger für die Jubilare in warmer Weise den Dank für die Ehrung durch Nadel und Plakette aus und versprach der Firma Anhänglichkeit, Treue und Fleiß. Mit einem warmen Appell an die Arbeits-

vereine verband er den Hinweis auf die Notwendigkeit, daß jeder sein Äußerstes hergeben müsse für die Firma und für das Vaterland. Deutschland muß bestehen, auch wenn wir untergeben.

Nach einem kurzen Imbiß begann der Kommerz, der durch Orchester- und Gesangsverein verschönt wurde. Zum Schluß heißt es, es war ein Fest der Arbeit, und wie immer war das Zusammensein der Jubilare ein leuchtendes Sinnbild von Fleiß, Treue und ein Bekenntnis zur Werksgemeinschaft.

Aus dieser Schilderung ist zu erkennen, daß Herr Geheimrat Professor Dr. Quisberg mit seinem Direktionsstab aus der neuen Zeit nichts gelernt, aber auch aus der alten Zeit nichts vergessen hat. Jubilarsfeiern, Kommerz und andere Unterhaltungen sollen die Arbeiter über die Schwere des Daseins hinwegtäuschen und sie von der Organisation fernhalten. In der vielbesungenen Werksgemeinschaft sehen die Herren nach wie vor das Allheilmittel zur Sicherung ihres Profits. Glücklicherweise sind die Jubilare mit 25 bis 40 Dienstjahren nicht die Träger des Fortschrittes. Die junge, anstürmende Generation wird auch mit dem Spuk der Jubilarsfeier und Jubilarsbehrung aufräumen, in der sicheren Erkenntnis, daß ihr Wohlergehen nicht von solchen Feiern abhängt, sondern von der Schlagkraft ihrer wirtschaftlichen Organisation bedingt ist.

G. Haupt.

Durch Wissen zur Macht.

Kein denkender Arbeiter heute in Deutschland, der nicht wüßte, daß er das Opfer einer gesellschaftlichen Ungerechtigkeits ist, und daß dieser Ungerechtigkeits ein Ziel gesetzt werden kann und muß.

Dieses Wissen dringt in immer weitere Kreise, und mit jedem Vordringen des Wissens wächst unsere Macht. Nicht in der Faust — im Hirn liegt die wessertörende Kraft. Die Faust ohne Hirn kann nur blind zerstören. Und wo die Faust nötig ist, muß das Herz ihr gebieten.

Wilhelm Liebknecht („Wissen ist Macht“).

Die Lage der deutschen Lack- und Farbenindustrie.

Der deutschen Lack- und Farbenindustrie geht es nach ihren eigenen Schilderungen zur Zeit hundsmiterabel schlecht. Sie, die durch Herstellung bunter leuchtender Farben Licht und Sonnenschein in den grauen Alltag bringen will, verwendet ausgerechnet die frühesten und schwärzesten Farben, um der Naturwelt ihre trostlose Lage zu schildern. Stimmten diese Schilderungen, dann ist in Deutschland zur Zeit mit Lacken und Farben überhaupt kein Geschäft mehr zu machen, ja es könnte fast scheinen, als ob die Unternehmer ihre Erzeugnisse buchstäblich verschenken müßten. Zu einer solchen Auffassung könnte man, wenn man es nicht besser wüßte, kommen, wenn man beispielsweise die „Farbenzeitung“ Nr. 1 und 2, 35. Jahrgang, studiert. Im „Proletarier“ Nr. 21 d. J. haben wir schon einmal Gelegenheit genommen, uns eingehend über die wahren Gründe des teilweise schlechten Geschäftsganges in der obengenannten Industrie auseinanderzusetzen. Die deutsche Lack- und Farbenindustrie leidet zur Zeit an der Planlosigkeit ihrer Produktion und der ungeheuren Kraft- und Geldmittelverschwendung auf dem Absatzgebiete. Das kommt auch in den Berichten in der „Farbenzeitung“ eindeutig zum Ausdruck. Doch lassen wir sie selbst einmal reden. Da wird zuerst lebhafteste Klage geführt, daß eine einheitliche Beurteilung infolge der verschiedenartigen Struktur der Industrie nicht möglich ist. Die Frage der Kapitalbeschaffung spiele die ausschlaggebende Rolle. Das schlimmste Übel jedoch ist, daß die meisten Betriebe der Lack- und Farbenindustrie in einem schärfsten Konkurrenzkampf miteinander stehen und daß eine Kapitalneubildung aus diesem Grunde nicht möglich ist. Einige Zeilen weiter wird jedoch behauptet, daß die ungünstigen Verhältnisse in der Farbenindustrie bzw. die Verhinderung von Kapitalbildung zurückzuführen sei auf die unerträglichen Ansprüche, die das Reich, die Länder und die Gemeinden in steuerlicher Hinsicht erheben, wodurch das flüssige Betriebskapital den Betrieben entzogen wird. Ein paar Zeilen weiter wiederum heißt es, daß die Abnehmerchaft einen wesentlichen Teil der Schuld an der schlechten Lage dieser Industrie trägt, weil der Handel seinen Aufträgen nicht gewachsen sei, und zwar deshalb, weil er nicht mehr größere Posten auf Lager nimmt, sondern nur jeweils auf Abruf kleinere Mengen bei den Fabriken bestellt. So sei der Handel, der früher als ein Puffer wirtschaftlicher Krisen zwischen Verbraucher und Hersteller gewesen sei, derjenige, der dieses Risiko den Fabriken direkt aufgebürdet habe.

Unsere Auffassung in dem obengenannten früheren Artikel im „Proletarier“, daß es die Zahl der zu vielen Betriebe in der Lack- und Farbenindustrie ist, die nicht produktionsfördernd, sondern hindernd auftreten, wird erneut bekräftigt. Die Zahl der Betriebe ist auch im letzten Jahre gestiegen. Daß die „Farbenzeitung“ sich das Argument von den hohen Arbeitslöhnen nicht entgehen läßt, wundert uns nicht. Es gehört seit Jahren zu den Gepflogenheiten des Unternehmertums, die Löhne der Arbeiter für die Miswirtschaft einer Industrie ins Treffen zu führen. Weiterhin wird behauptet, daß die Syndizierung wichtiger Rohstoffe die Herstellungskosten ganz gewaltig verteuert hat.

Wenn Unternehmer jammern, dann hat das seine besonderen Gründe. Wir sind seit Jahren gewohnt, daß sich hinter solchen Einleitungen bestimmte Ziele der Unternehmer verbergen. Auch hier kommt nach diesem Gestöhne und Gejammer der Lack- und Farbenindustriellen das dicke Ende hinten nach, denn diese Einleitung dient nur dazu, eine allgemeine Preiserhöhung für die Produkte nach Zusammenschließen dieser Industrie vorzubereiten. Deshalb sagt

der Bericht auch weiterhin, daß das Zusammenwirken aller oben geschilderten Momente die deutsche Buntpapierindustrie dazu zwingen wird, ihre bisherige Preispolitik zu ändern. Sie wird ihre Preise so festsetzen müssen, daß ihre Rentabilität gewährleistet wird, die zwar noch immer als äußerst bescheiden anzusehen ist, die aber wenigstens ihr Erliegen verhindert. Zahlenmäßig ausgedrückt wird eine Preiserhöhung von etwa 30 Prozent nicht zu verhindern sein.

Hier könnte man mit Recht sagen: Das also ist des Pudels Kern! Dabei geht es dieser Industrie bei weitem nicht so schlecht, wie sie es darzustellen beliebt. Wird doch von ihr selbst gemeldet, daß erfreulicherweise der Auslandsabsatz sich gesteigert hat, und zwar dadurch, daß das Ausland auf die bekannten Qualitäten alter deutscher Firmen gern zurückgreift. Die im Ausland in der Nachkriegszeit vielfach entstandenen Konkurrenzunternehmen hätten den Qualitätsansprüchen der Kundenschaft nicht genügen können. Wenn wir nicht sehr irren, ist es gerade die „Farbenzeitung“ gewesen, die vor längerer Zeit einen umfassenden Bericht über diese Steigerung der Ausfuhr der deutschen Farbenindustrie gebracht hat.

Wie sich diese Preiserhöhung in Hauptsache auswirken wird, ist ebenfalls schon klar. Die Preiserhöhung wird vor allen Dingen auf die Masse der kleinen Verbraucher abgewälzt werden, während die Großabnehmer überhaupt nicht betroffen werden. Sagt doch die „Farbenzeitung“ selbst: „Allerdings wird eine derartige Preiserhöhung in der Hauptsache nur die Abnehmer kleiner und kleinster Mengen treffen, da es heute leider üblich geworden ist, daß die Abnehmerchaft ihren Bedarf zum großen Teil fallweise bei der Industrie deckt.“ Man kommt manchmal zu der Auffassung, daß die Lack- und Farbenindustrie nicht so recht weiß, was sie eigentlich will. Einmal zetert sie darüber, daß nur in kleineren Posten von den Händlern Ware abgenommen wird, und in dem gleichen Atemzuge wird es als löblich empfunden, wenn Absatz in größeren Posten stattfindet.

Auch die eigentliche Lackindustrie führt lebhafteste Klage. Sie ist angeblich vom Absatz im vergangenen Sommer nicht voll befriedigt. Die Preise sollen durchweg so niedrig gewesen sein, daß von einem Verdienst kaum die Rede sein konnte. Die Verkäufer hätten sich stets nur nach der billigsten Offerte gerichtet, ohne die Qualität zu berücksichtigen. Der Preiskampf in der Lackindustrie sei in der Saison 1929 schärfer als jemals gewesen. Der Grundsatz Umsatz um jeden Preis sei in der Lackindustrie in erschreckendem Maße eingedrungen. Alles in allem wird von der gesamten Lack- und Farbenindustrie der Geschäftsgang als außerordentlich schlecht geschildert. Hierbei verfährt die „Farbenzeitung“ jedoch nicht konsequent. Sie hat eine Umfrage unter dem Stichwort „Stimmen zur Lage“ veranlaßt, die uns ein kunterbuntes Bild von dem Durcheinander in der Lack- und Farbenindustrie geben. Während der eine über schlechte Geschäfte jammert, haben für den anderen erfreulicherweise die Sommermonate trotz der nicht günstigen Geschäftslage einen Ausgleich gebracht, so daß das Geschäftsergebnis in den Sommermonaten nicht ungünstig bezeichnet werden kann. Für einen anderen waren die Auftragseingänge zufriedenstellend, verschiedentlich wird über Umsatzsteigerung usw. berichtet.

Einige Schmerzen aber sind allen Unternehmern gemeinsam, und zwar die Überproduktion, die Preisfleuderei und das Preisproblem.

Seit Jahren bildet namentlich das letztere Problem das ewige A und O der Unternehmer dieser Industrie. Sie alle sind sich darüber klar, daß eine Preiserhöhung für ihre Erzeugnisse erstrebenswert erscheint, aber niemand will der Kasse die Schelle anhängen, weil jeder glaubt, daß er in diesem Moment infolge der einsetzenden Preisunterbietung seiner Mitgenossen unter die Räder kommt. Es gibt kaum eine Industrie in Deutschland, abgesehen von der Seifenindustrie, in der ein solcher Wirrwarr und jeglicher Mangel an Organisation herrscht wie in der Lack- und Farbenindustrie. Da kommt zu gelegener Zeit wie eine wahre Erlösung die Erhöhung der Preise für Leinöl. Die Lack- und Farbenindustrie macht deshalb auch aus ihrem Herzen keine Mördergrube und gesteht ganz offen, daß ihr eine solche Preiserhöhung zu sehr gelegener Zeit kommt; doch wir lassen sie darüber wohl am besten selbst sprechen:

„Dieser Zustand erreichte seinen Höhepunkt, als die Leinölbauweise einsetzte und der wichtigste Rohstoff für die Lackfabrikation binnen kurzer Zeit eine mehr als 40prozentige Verteuerung erfuhr. Die Erkenntnisse der Unmöglichkeit der weiteren Preisbehaltung des bisherigen Preisniveaus wurde allgemein und unter Führung des Verbandes deutscher Lackfabrikanten als Folge der Leinölbauweise eine angemessene Preiserhöhung für Lacke, Öl- und Rostschutzfarben beschlossen. Daß diese Preiserhöhung dringend notwendig war und auch in den Abnehmerkreisen des Handels anerkannt werden mußte, ging aus der kürzlich veröffentlichten Bekanntmachung beider Verbände, des Verbandes deutscher Lackfabrikanten und des Reichsverbandes des Lack- und Farbenfachgeschäftes hervor. Das Leinöl hat somit seine erzieherische Wirkung getan und den Beschluß einer Preiserhöhung, der auch ohne die Leinölpreiserhöhung unbedingt notwendig gewesen wäre, für alle Beteiligten erleichtert. Er wird hoffentlich dazu beitragen, die Preispolitik in der Lackindustrie auf eine gesündere Basis zu stellen und nach dem finanziellen Ergebnis des letzten Saisongeschäftes der Lackfabrikation eine beschiedene Rentabilität zu sichern. Da die Leinölpreise auch weiterhin zwischen 90 und 100 Mk. stehen bleiben werden, so besteht Aussicht, daß die Preiserhöhung in dem Augenblick von allen als notwendig anerkannt wird, in dem es sich darum handelt, sich zu diesen Preisen in größerem Umfang einzudecken. Es ist deshalb auch besonders begrüßenswert, daß sich der Fachhandel der Notwendigkeit der Erhöhung der Lack-, Öl- und Rostschutzfarbenpreise nicht verschließt und durch die vorerwähnte Bekanntmachung nach außen hin dokumentiert, daß er bei diesem für die Existenz unserer Industrie notwendigen Schritt hinter der Lackindustrie steht und mit ihr gemeinschaftlich an einer Gesundung des Geschäftes arbeitet.“

Als ebenfalls besonders dringend wird der Zusammenstoß in der Lack- und Farbenindustrie als das Kernproblem dieser Industrie bezeichnet. Sie ist der Meinung, daß, wenn für irgendeine Branche, so für diese Industrie der Ruf auf der Tagung der Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der nach Zusammenschließen schreibt, Anwendung finden muß. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, daß ein Zusammenstoß not-

wendig ist, wenn rationell gearbeitet werden soll, und daß unter den heutigen Verhältnissen der Weg, der sich als notwendig erwiesen hat, freiwillig und unter Verzicht auf alle persönlichen traditionellen Hemmungen gegangen werden soll, ehe man durch eine zwangsläufige Entwicklung zu einem solchen Schritt kommen muß. Wir glauben nicht, daß diese Einsicht bei den Unternehmern der Lack- und Farbenindustrie Gehör findet. Wenn das, was die „Farbenzeitung“ über die Lage der Lack- und Farbenindustrie schreibt, zuträfe, könnte man an eine solche Entwicklung glauben. Aber es ist nicht so. Dem größten Teil der Lack- und Farbenindustrie geht es trotz der angeblichen Not sehr gut, und er erzielt auch heute noch auskömmliche Verdienste, die die Unternehmer dieser Industrie befriedigen. Es ist nicht wahr, daß die Arbeitslöhne die Lack- und Farbenindustrie so ungeheuer belasten. Bereits früher wurde von dieser Industrie gesagt, daß für sie eine Rationalisierung nicht in Frage kam, da die Lack- und Farbenindustrie als rohstofforientierte Industrie bereits rationalisiert gewesen sei, ehe man in Deutschland das Schlagwort Rationalisierung gekannt habe. Der Arbeitsanteil war und ist nach Aussage der deutschen Lack- und Farbenindustriellen ziemlich gering. Die Ursachen liegen auf Gebieten, die die Lack- und Farbenindustrie nicht sehen will. Sie liegen hauptsächlich in der Zersplitterung und Zerrissenheit sowie in den auseinanderstrebenden Interessen der Arbeitgeber der Lack- und Farbenindustrie. Vielleicht werden sie eines Tages dafür büßen müssen, wenn erst stärkere, zielbewusstere Unternehmergruppen auf den Plan treten. Die Ausländer, insbesondere die Amerikaner, sollen sicherem Vernehmen nach die Errichtung bzw. den Erwerb eigener Fabriken in Deutschland planen. Grundfalsch aber wehren wir uns dagegen, wenn immer wieder versucht wird, die schlechte Geschäftslage einer Industrie auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Es kann nicht angehen, daß die Arbeiterschaft, die zur Zeit ihr Lechtes in den Betrieben hergibt, auch noch als Sündenbock für die verfehlte Wirtschaftspolitik eines Industriezweiges büßen soll.

R. Segerer.

Die Linoleumpreise steigen.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß der Linoleumkraft unter der Firma Deutsche Linoleum-Werke, A.G., am 16. September die Preise für Linoleum um 5 bis 10 Prozent erhöht hat. Als Begründung wird die Steigerung der Leinölpreise angegeben.

Wir können nicht glauben, daß die erhöhten Leinölpreise zu einer so erheblichen Erhöhung den Anlaß gegeben haben. Die Deutsche Linoleum-Werke A.G. rechnet in diesem Jahre mit einem Umsatz von 100 Millionen Mark. Die vorgesehene Preissteigerung würde also den Verbrauch mit 5 bis 10 Millionen Mark belasten, und diese Summe würde der konkurrenzlosen Linoleumgesellschaft zugute kommen. In dieser Maßnahme ist eine skrupellose Ausnutzung der Monopolmacht zu erblicken.

Die Steigerung der Leinölpreise ist eine Tatsache. Demgegenüber steht aber eine Preisenkung für Jute, die ein wichtiger Rohstoff der Linoleumindustrie ist. Ein Teil der Preissteigerung für Leinöl ist damit bereits ausgeglichen. Der Verbraucher hat auch keinen Vorteil von der Senkung der Leinölpreise gehabt, denn 1927 wurde ein Doppelzentner Leinöl mit 72,75 Mk. gehandelt, während der Preis im Oktober 1928 nur 67 Mk. betrug. Es ist schon so, daß bei steigenden Rohstoffpreisen der Fabrikant sehr schnell mit einer Preiserhöhung kommt, während bei sinkenden Preisen der Rohstoffe selten daran gedacht wird, nun auch das Fertigprodukt billiger zu verkaufen.

Diese Preisschwankungen der Rohstoffe sind aber von untergeordneter Bedeutung gegenüber der ungeheuerlichen Ausbeutung der Arbeiter in der Linoleumindustrie durch das Bedarfsystem. Unser Vorpiegelung eines wissenschaftlichen Systems wurde das Bedarfsystem in den Delmenhorster Fabriken des Linoleumkrafts gewaltig eingeführt, indem man den Widerstand der Arbeiter durch Einstellung von Stahlhelmeten brach. Die Einführung des Bedarfsystems hat den Unternehmern aber eine mehr als 20prozentige Produktionssteigerung bei außerordentlich harter Einschränkung der Arbeiterzahl gebracht. Und dieses nichtswürdige aller Ausbeutungssysteme, das sich in erster Linie gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften richtet und den Arbeitern eine unerträgliche Arbeitslast aufbürdet, wird jetzt auch im Hauptbetrieb der Deutschen Linoleum-Werke in Bielefeld eingeführt. Die Monopolstellung des Linoleumkrafts, der ein unentbehrliches Produkt des täglichen Bedarfs herstellt, erlaubt es, bei unersättlicher Überausnutzung der Arbeitskräfte und glänzenden Verdiensten beliebig Preiserhöhungen vorzunehmen. Es ist höchste Zeit, daß diese unbedingte Machtstellung, ausgenutzt zum Schaden der Verbraucher, endlich durch öffentliche Kontrolle eingegrenzt wird. Fortgesetzt schreibt die deutsche Industrie bei günstigen Geschäftsbedingungen über mangelhafte Rentabilität und zieht dabei den Verbrauchern das Fell über die Ohren. So kann es auf die Dauer nicht weitergehen.

G. Hanpt.

Papier-Industrie

Der Siegeslauf der Papiermaschine.

Von Karl Dopf (Hamburg).

Es gibt wohl kaum ein Gebiet der industriellen Entwicklung, in dem die Technik in der verhältnismäßig kurzen Zeit von einem überaus bescheidenen, eine so gewaltige Umwälzung herbeiführt und eine so enorme Steigerung der Leistungsfähigkeit wahrhaft hat, wie gerade auf dem Gebiete der Papierindustrie. Kommt man heute von einem Moment, in dem man vielleicht das Modell der ersten Papiermaschine gesehen hat, die der Franzose Louis Martin Robert im Jahre 1799 konstruiert hat, und blickt man unmittelbar darauf die Räume einer modernen Papierfabrik, so kann man sich kaum die Zusammenhänge erklären, die miteinander haben müssen, um der Papiermaschine von heute im Vergleich zur Robert'schen Erfindung, dieses wissenschaftliche Zeugnis einer tatsächlichen Umwälzung der Technik zu verhelfen. Die moderne Papiermaschine mit ihren zahlreichen technischen Neuerungen, Verbesserungen und Verbesserungen, die so wunderbar im Gesamtorganismus eines Werkes aus Stoff und Eisen zusammenwirken, ist ja lange nicht mehr die Erfindung eines Einzelnen, sondern die technische Leistung zahlreicher Erfinder und Konstrukteure, die in einem einzigen Jahrhundert ein ungeheures Wissen und Können, eine unendliche Fülle

von Versuchen und praktischen Erfahrungen in diesen Zweigen der Technik zusammengetragen haben zusammenbringen mußten, weil wir uns sonst vor dem Siegeslauf der Papiermaschine, der sich in enormen Leistungen ausprägt, keine Vorstellung machen könnten.

Die Robert'sche Papiermaschine, die, nebenbei erwähnt, als ein Arbeitskraft nur die menschliche Hand verwenden konnte, und die anderen Typen, die nach dem Robert'schen System von Bryan Donkin, von den Brüdern Franz und Sealy Fourdriner und anderen in verbesserter Form konstruiert wurden, wie langsam mußten sie heute an, wenn wir eines ihrer Modelle noch in irgendeinem Museum entdecken, und doch lag in diesen Erfindungen schon das Prinzip der Papiererzeugung in endloser Bahn, nach dem auch die modernsten Papiermaschinen gebaut werden und das wohl auch für alle Zeiten das Grundprinzip der Papierherstellung bleiben wird.

Das Prinzip der Papiererzeugung in endloser Bahn ist es auch, das der Papiermaschine den Weg zu ihrer heutigen Leistungsfähigkeit eröffnet hat, mit der sie in den letzten hundert Jahren alle Leistungen in den Schafften stellt, die vorher in einer mehr als dreitausendjährigen Entwicklung der Papierfabrikation, angefangen von der alten babylonischen und chinesischen Kultur, der Kultur der Ägypter und Römer, der Mauren usw., erreicht wurden. Es ist aber auch heute kaum noch festzustellen, welcher Anteil den einzelnen Erfindern der verschiedenen Verbesserungen und Neuerungen zukommt, die dazu beigetragen haben, der Papiermaschine

Das

neueste Kriegsgeschrei der KPD. ist „Schutz den Kapitalisten“. Wenn die Jagd „ihre“ Millionen verfeilt, so

ist

das deren private Angelegenheit, die den Fabrikarbeiterverband gar nichts angeht. Wenn dieser sich untersteht, den Kapitalisten einen Teil ihrer Dividenden wegzuschneiden, so ist das

Verrat

an den heiligsten Gütern der Aktionäre. Und so etwas duldet die KPD. nicht.

die Form der heutigen technischen Vollendung zu geben, an der im Grundprinzip der Konstruktion nicht mehr viel geändert und verbessert werden kann. Oft mag es nur ein einfacher Papiermacher gewesen sein, der für irgendeine Verbesserung an der Maschine die Anregung gab und irgendein Ingenieur, dessen Name längst vergessen ist, hat nach dieser Anregung die Verbesserung angebracht, so daß ein um das andere Mal, wenn sich solche Neuerungen praktisch bewährten, der Gesamtorganismus dieser gewaltigen Maschine besser, vollkommener und leistungsfähiger wurde. Nur ganz wenige Namen sind in der Geschichte der Papiererzeugung nennenswert worden, deren Träger sich das Verdienst erworben hatten, die ersten wesentlichen Verbesserungen an den ersten Modellen der Papiermaschine vorgenommen zu haben, die für den Bau der modernen Maschinen auch heute noch ihre Geltung haben. Legey-Diddot und Gamble werden da genannt, die den Erfindungsgehalt Roberts in wesentlichen Verbesserungen in die Wirklichkeit umsetzten. Der bereits erwähnte Bryan Donkin und die Brüder Fourdriner, die vor allem durch ihre finanzielle Beihilfe die Ausführung der ersten Maschinen ermöglicht hatten, dürfen hier nicht vergessen werden. Ebenso Didkinson, der die Rundsiebmaschine erfand. Von weiteren Erfindern wären noch zu erwähnen: Canlon, der als erster an der Papiermaschine eine Pumpe anbrachte, um die Luft unter dem Sieb abzusaugen; Watson, der mit Hilfe der Firma Anandale den Raffineur erfand; sowie Georges Vertam und Willie Mac Niven aus Edinburgh, die das erste Patent eines Schlagknotenfrängers herausbrachten, der später noch von dem einen der Erfinder Vertam und Michael Paterson verbessert wurde. Crompton und Taylor erfanden die Kreismesser zum Trennen der Papierbahn in der Längsrichtung, und Marshall war der Erfinder der Wundrückwalze. Eine der zweifellos bedeutendsten Erfindungen gelang aber dem bereits genannten Crompton, der das Erfinden des Papiers auf mit Dampf geheizten Erdenzylinder erfand. Es sind dies nur einige Namen, eine sehr bescheidene Liste, die durch viele, viele andere Namen, die heute vergessen sind, ergänzt werden müßte, wollten wir einmal eine Ehrenliste aller derer zusammenstellen, die dem Siegeslauf der Papiermaschine den Antrieb gegeben haben.

Welch ungeheure Bedeutung die Maschine auf dem Gebiete der Papierherstellung erlangt hat, darüber können wir uns erst eine Vorstellung machen, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Jahreserzeugung der deutschen Papierindustrie heute auf 2 Millionen Tonnen gestiegen ist, und daß eine moderne Maschine heute schon imstande ist, im Jahre bis zu 30 000 Millionen Kilo Papier zu erzeugen, während die Jahreserzeugung einer größeren Papiermühle im Jahre 1800 etwa 30 000 Kilogramm betrug und die gesamte Papiererzeugung Deutschlands auf etwa 15 000 Tonnen geschätzt wurde. Allein aus dieser Tatsache geht hervor, daß die Papiererzeugung, im Vergleich zu einer Zeit, wo die Papiermaschine in Deutschland noch nicht eingeführt war um das 133fache gestiegen ist und daß die Leistung einer modernen Papiermaschine tausendmal so viel Papier herausschneidet, wie damals die Papiermühle mit ihren Handlöcher- und Wassereintrichtungen. Ein anderes Beispiel führt uns diese Entwicklung fast noch deutlicher vor Augen, wenn wir vergleichen, daß ein Arbeiter nach der alten handwerksmäßigen Papiererzeugung in der Minute etwa einen Bogen fertigstellen konnte, während eine moderne Papiermaschine imstande ist, in der Minute 400 bis 500 Quadratmeter, also 400 bis 500 mal soviel Papier zu liefern wie der Handarbeiter. Noch im Jahre 1819 gab es in Deutschland erst eine Papiermaschine und etwa 1500 Bütten-eintrichtungen, während im Jahre 1840 die Zahl der vorhandenen Bütten bereits auf 1054 zurückgegangen und die Zahl der Papiermaschinen schon auf 25 gestiegen war. Und wie rasch ging von da an die Entwicklung. Schon sechs Jahre später, im Jahre 1846, bediente sich die deutsche Papierindustrie mit 74 Papiermaschinen und hatte nur noch 117 Bütten in Betrieb. Und vor ganz kurzer Zeit noch, im Jahre 1927, wurden in der deutschen Papierindustrie 400 Papierfabriken gezählt, in denen 808 Papiermaschinen Tag und Nacht laufen und im endlosen Lauf hunderttausende Kilometer langen des Papierbandes auf riesige Rollen wickeln. Und ebenso wie in Deutschland läßt die moderne Papiermaschine auch in den anderen Staaten der Erde in mehr oder weniger großer Anzahl. In Amerika mag es Hunderte von Tag und Nacht laufende Papiermaschinen geben, in Rußland laufen zur Zeit 118 Stück davon, in Indien 263, in Polen etwa 50 usw., und es dürfte wenig bekannt sein, daß das Hellner Werk in Schlefien, eine der bedeutendsten Firmen des Papiermaschinenbaues, in der Zeit ihres Bestandes seit 1854 allein Länder allein über 500 Papiermaschinen gebaut und in allen Ländern der Welt zur Aufstellung gebracht hat. Die erwähnte Firma ist auch die Erbauerin der größten Feinspapiermaschine der Welt, die bei einer Bogenbreite von 3,5 Meter und einer Arbeitsgeschwindigkeit von 20 bis 120 Meter in der Minute eine Tagesleistung von 50 000 Kilogramm Papier zu erzeugen imstande ist. Man wird bedenken, daß diese Maschine 84 Meter lang und mit 30 Erdenzylindern ausgestattet ist, so können wir uns ungefähr vorstellen, daß für die Einrichtung einer Papierfabrik allerhand Material gebraucht wird, zumal die ersten Maschinen in solch riesigen Dimensionen nicht allein sehr teuer sind, sondern auch sehr große Betriebsräume in Anspruch nehmen. Dazu braucht man

nebenbei erwähnt zu werden, daß sich die Anlagen einer modernen Papierfabrik mittlerer Größe, also nur mit zwei Papiermaschinen, nach den Voranschlägen von Ingenieuren stets auf etwa 10 Millionen Mark belaufen. Die größte Papiermaschine, die bisher gebaut wurde, schuf die von der Great Eastern Paper Co. in Fort William, Ontario in Kanada im Jahre 1922 in Betrieb gesetzte Maschine, die eine Leistungsfähigkeit von 7,2 Millionen Metern und liefert bei einer Tagesgeschwindigkeit von 457 Metern in der Minute etwa 200 Tonnen (s. 007 Kilogramm) Tagesproduktion Feinspapier. Die Maschine ist mit 48 Erdenzylindern ausgestattet, von denen jeder einen Durchmesser von 1,52 Meter und eine Breite von 7,67 Meter aufweist. Die Lauflänge des Siebes beträgt 27,4 Meter. In der gleichen Fabrik wurde erst in diesem Jahre von einer zweiten Maschine, die 8,70 Meter Arbeitsbreite hat, ein Erzeugungsreкорд aufgestellt, in dem in 24 Stunden 137 Tonnen Feinspapier erzeugt worden sein sollen, wobei die Arbeitsgeschwindigkeit der Maschine noch nicht einmal auf 805 Meter pro Minute ausgenutzt worden sein soll.

Und dieser erstaunliche Siegeslauf der Papiermaschine vor allem diese enorme Leistungsfähigkeit, hat nicht etwa, wie die Maschinen anderer Industriezweige Jahrhunderte gebraucht, um sich in der heutigen Höhe zu zeigen, sondern wir können ruhig behaupten, daß diese Entwicklung erst das Ergebnis der letzten Jahrzehnte ist, daß wir also diese Entwicklung selbst miterlebt haben, ohne daß sie uns vielleicht aufgefallen ist. Noch im Jahre 1900 wurde eine Laufgeschwindigkeit des Papiers von 150 Meter in der Minute sogar von Fachleuten noch als phantastisch erklärt und heute ist, wie uns das amerikanische Beispiel zeigt, eine Laufgeschwindigkeit von 800 und 400 Meter bereits überholt. Freilich darf nicht vergessen werden, daß die Laufgeschwindigkeit in ihren höchsten Leistungen nur bei Feinspapiermaschinen angewendet werden kann, während sie bei feineren oder stärkeren Papieren begrenzt ist. Allerdings werden auch da schon ganz fabelhafte Rekorde aufgestellt, so daß Laufgeschwindigkeiten bis 200 Meter und darüber hinaus in den meisten Fabriken, die mit modernen Maschinen ausgestattet sind, auch zur Anwendung kommen.

Wir glauben, mit den gegebenen Beispielen gezeigt zu haben, daß die Papiermaschine im Siegeslauf der Technik unserer Zeit wahrlich jederzeit den Wettbewerb aufnehmen kann, wenn es gilt, die bedeutendsten Erscheinungen unserer industriellen Entwicklung, auf ihre höchste Leistungsfähigkeit zu prüfen.

Nahrungsmittel-Industrie

Wettstreit: Öl, Margarine, Seife.

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 40 des „Proletariats“ die Mitteilung, daß die Vereinigte Margarine-Union, bestehend aus dem Jurgens-Konzern, van-den-Berg-Konzern, Hartog und dem Schichtkonzern nunmehr eine weitere Interessengemeinschaft mit einem englischen Konzern, Lever Brothers Ltd., eingegangen sei. Zum Schluß unserer Ausführungen wurde darauf verwiesen, daß diese Fusion noch nicht den Abschluß der Entwicklung bilde. Die Erweiterung dieses Riesentrustes durch Zusammenschluß mit der Proctor & Gamble Co. stehe bevor. Nach anderen Mitteilungen sollte sie damals schon perfekt sein. In der „Neuen Züricher Zeitung“ ist nun eine weitere interessante Mitteilung über den Zusammenschluß und über den weiteren Ausbau der Proctor & Gamble Co. zu lesen. Es heißt dort:

„Die Proctor & Gamble Company steht hinsichtlich ihrer Produktionsgröße den beiden anderen Partnern nahe, denn sie ist sowohl eine der größten amerikanischen Erzeuger von Haushaltsseifen als auch von Speiseseifen, wobei zu bemerken ist, daß es eine Erzeugung von Margarine im europäischen Sinne infolge steuerlicher Maßnahmen in den USA nicht gibt. Die Standardmarken der Gesellschaft sind „Jovoy Soap“ und „Crissal Fat“. Die „Jovoy Soap“ hat in den letzten Jahren einen sehr schweren Wettbewerb gegen die, erfolgreich auf dem nordamerikanischen Markt vorgebrachten „Sunlight“-Erzeugnisse von Lever Brothers zu bestehen gehabt, der ohne Zweifel zu dem jetzt erfolgten Zusammenschluß sehr viel beigetragen hat. Zwischen allen drei großen Gruppen bestanden bisher schon dadurch Beziehungen, daß sie zusammen im Welt-Einkaufskartell für Natriumchlorid, einem Rohstoff von stark steigender Bedeutung sowohl für Speiseseife als auch für Seifen, saßen.“

Der Zusammenschluß der Proctor & Gamble Co. mit der Vereinigten Union, einschließlich des englischen Konzerns, wird nach dieser Notiz als vollzogen betrachtet. Es wird darauf verwiesen, daß namentlich Lever Brothers und Proctor & Gamble Co. sich auf dem amerikanischen Markt als starke Konkurrenten gegenübergestanden hätten. Dieser Konkurrenzkampf hört nunmehr auf. Man wird gemeinsam arbeiten, damit man den Konsumenten um so besser schöpfen kann. Aus dem Artikel geht weiter hervor, daß die Proctor & Gamble Co. in ihrem Aufbau ähnlich so ist, wie die Konzern Jurgens und van den Berg. Ein erheblicher Anteil von Aktienkapital befindet sich noch in den Händen der Gründerfamilien. Daneben ist das Bankhaus Morgan an der Gesellschaft interessiert.

Der Zusammenschluß von Proctor & Gamble Co. mit den europäischen Konzernen hat dazu geführt, daß die Aktien von Proctor & Gamble nunmehr auch an der Amsterdamer Börse, dem Hauptmarkt für die Margarine-Union-Aktien, gehandelt werden. Nach allem dem darf wohl als feststehend angenommen werden, daß der Riesentrust perfekt ist. Aus der gleichen Quelle erfährt man, daß die Aktien von Proctor & Gamble Co. unter Berücksichtigung des Kurswertes auf rund 600 Millionen Mark Kapital geschätzt werden könne. Der Bilanzwert aller Fabriken von Proctor & Gamble Co. soll am 30. Juni 1929 rund 57,8 Millionen Dollar betragen haben, der Bilanzwert des Lagers an Rohstoffen und Fertigwaren rund 45 Millionen Dollar. Seit 1922 hat diese Gesellschaft ihre Umsätze fast verdoppeln können. Die Umsätze betragen 1922 105,6 Millionen Dollar, 1925 156,1 Millionen Dollar und 1929 202,2 Millionen Dollar. Das Geschäftsjahr schließt jeweils mit dem 30. Juni ab.

Hervorzuheben ist noch, daß die Gesellschaft rund 39 Prozent der amerikanischen Erzeugung von gehärteten künstlichen Speiseseifen und rund 40 Prozent der amerikanischen Glycerinerzeugung beherrscht. Weiter soll sie ihren Anteil an Haushaltsseifen und sonstigen Waschmitteln in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren durch Angliederung einer Reihe anderer Unternehmungen wesentlich erhöht haben. Für das am 30. Juni 1929 abgeschlossene Geschäftsjahr liegen folgende Zahlen vor:

Gesamtumsatz	202,2 Mill. Dollar
Produktionskosten der verkauften Waren	137,5
Bruttogewinn	55,8
Umkosten	31,8
Nettogewinn	19,1

Außerdem verfügt die Firma über angesammelte Reserven von 33,6 Millionen Dollar.

Diese Ausführungen zeigen, daß der Wettstreit für Öl, Margarine und Seife nunmehr perfekt ist und daß die europä-

Wegen Konjunktur in Amerika einen Verlust von 100 Millionen Dollar, bei dem es auf eine Million Dollar mehr wertiger gar nicht ankommt. Welche Auswirkungen dieser Zusammenstoß für die Konjunktur in Deutschland haben wird, muß abgewartet werden. Auf alle Fälle muß der deutsche Konjunktur, die Dinge aufmerksam zu beobachten. Aber auch die Arbeiterklasse dieser Industriezweige muß dieser Entwicklung ihre Aufmerksamkeit schenken. Wir stehen bei allen Verhandlungen einem Misstrauen gegenüber, der mit rund 1% Milliarden Mark Kapital arbeitet. C. Senkfeld.

Die Zuckererzeugung Javas und ihre Bedeutung für den Weltzuckermarkt.

Bei den Auseinandersetzungen in letzter Zeit über die Weltmarktlage für den Zucker spielte die steigende Zuckererzeugung Javas eine wesentliche Rolle. Von mehreren Seiten wurde diese starke Steigerung auf Java in den letzten Jahren besonders hervorgehoben. Auch wir brachten in Nr. 27 des „Proletariats“ längere Ausführungen darüber. Optimisten erwarteten nun in Java auch für das Jahr 1929 noch eine bedeutende Zunahme bei der Zuckererzeugung. Das gleiche erhoffte man von 1930. Für das Jahr 1929 liegen nun vorläufige Feststellungen vor, die die Produktion schätzungsweise wiedergeben. Nach der „Deutschen Zucker-Industrie“, der wir nachstehende Zahlen entnehmen, soll die Zuckererzeugung auf Java 1929 aber nun nicht gestiegen, sondern gesunken sein. Folgende Vergleichszahlen mögen das zeigen:

Gruppen	Jahr	Zuckererzeugung in 1000 t	Schätzung der Zuckererzeugung in 1000 t	Änderung in %
Etobondo	12	1.725.987	2.010.848	+ 16,5
Probolinggo	12	1.987.141	2.032.813	+ 2,3
Paloerewan	13	1.772.847	1.778.581	+ 0,3
Siboadarso	15	1.751.787	1.776.497	+ 1,4
Mobokerto	11	1.449.336	1.472.296	+ 1,6
Kembang	11	1.521.235	1.560.115	+ 2,6
Kebiti	11	2.444.515	2.379.696	- 2,7
Agandjoe-Madjoen	15	2.885.805	2.845.920	- 1,4
Solo	16	3.110.805	2.868.952	- 7,8
Djocja	17	2.809.390	2.588.353	- 7,9
Banjoesas	7	1.704.050	1.668.121	- 2,2
Koedoes	11	1.664.505	1.704.657	+ 2,4
Pekalongan	7	1.259.388	1.176.574	- 6,6
Segal	10	1.592.259	1.469.451	- 7,7
Ceribon	11	1.808.014	1.721.673	- 4,5
Ost-Java	100	15.538.481	15.856.716	+ 2,0
Mittel-Java	51	9.288.750	8.828.083	- 5,0
West-Java	28	4.654.669	4.367.698	- 6,2
Zusammen	179	29.481.850	29.052.497	- 1,5

Nach dieser Aufstellung sind also die Erwartungen, die man eine weitere Steigerung der Zuckererzeugung Javas geknüpft hatte, nicht erfüllt worden. Im Gegenteil, die Zuckererzeugung auf Java ist im Jahre 1929 geringer als 1928. Sie ging von 29,5 Millionen Doppelzentner auf 29,1 Millionen Doppelzentner, also um über 400 000 Doppelzentner, oder 1,5 Prozent zurück. In Ost-Java war noch eine Steigerung von 2 Prozent zu verzeichnen, dagegen ging die Erzeugung in Mittel- und West-Java um über 5 Prozent zurück. Der Ertrag pro Hektar war 1928 151,3 Doppelzentner, während im Jahre 1929 nur 147,4 Doppelzentner pro Hektar erzielt werden konnten. Die Rekordausbeute von 1928 ist also nicht wieder erreicht worden, die Ausbeute pro Hektar ist vielmehr gesunken.

Für das Jahr 1930 liegen nun bereits die Anbauergebnisse vor. Wir bringen auch hier nachstehend die Vergleichszahlen für 1929 und 1930.

Bezirk	Anbaufläche in Hektar	Zu- bzw. Abnahme in %
Ost-Java	108.414	+ 1,0
Mittel-Java	60.541	+ 0,4
West-Java	30.127	+ 1,2
Zusammen	197.082	+ 0,8

Die vorstehende Zahlen zeigen, ist für das Jahr 1930 der Rohranbau um 0,8 gegenüber 1929 gestiegen. Ob man 1930 wieder die Rekordausbeute von 1928 wieder erzielen können, ist fraglich. Würde 1930 nur die Ausbeute von 1929 erzielt werden, dann würde auch die geringe Anbauvermehrung nicht ausreichen, um die Zuckererzeugung von 1928 wieder zu erzielen. Nun ist aber die Rübenzuckererzeugung, wie wir in Nr. 43 des „Proletariats“ mitteilten, in diesem Jahre nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Rübenzuckerländern in der laufenden Kampagne voraussichtlich über fünf Prozent niedriger als im Vorjahre. Da nun auch Java mit einer geringeren Zuckererzeugung rechnet als 1928, so ist im laufenden Jahre mit einer Überproduktion an Zucker kaum noch zu rechnen. Dazu kommt, daß der Zuckerbedarf jährlich ganz bedeutend steigt. Wir verfügen aber auf dem Weltmarkt über reichliche Bestände, so daß an eine Zuckerknappheit nicht gedacht zu werden braucht. Der Überfluß auf dem Weltmarkt wird durch die Wüstererzeugung und durch den steigenden Verbrauch bedeutend verringert werden. C. Senkfeld.

Verschiedene Industrien

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im neuen WAWG.

Im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 ist die Stellung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in den Paragraphen 75c, 116a und 206a besonders berücksichtigt.

Nach § 75c sind versicherungsfrei Zwischenmeister, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und von Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Der Verwaltungsrat kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln.

Der § 116a sieht vor, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Vorschriften erlassen kann über die Arbeitslosenunterstützung für Personen, die unfähig beschäftigt zu sein pflegen, und für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter, die von denen der § 87 bis 116 abweichen. Die § 87 bis 116 behandeln die Versicherungsleistungen.

Der § 206a stellt fest, daß unbeschadet der besonderen Bestimmungen, die nach diesem Gesetz für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter bestehen, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im Sinne dieses Gesetzes als Arbeitnehmer gelten.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sind nach § 69 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit § 165 Absatz 1 Nr. 6 der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert. Die Vereinigten Arbeitgeberverbände Deutschlands

betonen, daß ein solches Verhalten, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter von der Gewerkschaftenversicherung heranzuziehen. Die Sachverständigenkommission konnte dem Antrag der Vereinigten Arbeitgeberverbände nicht beitreten und machte den Vorschlag, daß Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter grundsätzlich weiter in der Versicherung bleiben sollen. Nur die Zwischenmeister, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, sollten ausgenommen sein. Das ist inzwischen durch den § 75c Absatz 1 auch geschehen.

Nach § 75c Absatz 2 kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit ganzer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Dieser Befreiung liegen die besonderen Schwierigkeiten zugrunde, die von jeder für die Arbeitslosenversicherung bei unfähig beschäftigten Arbeitnehmern sowie bei Hausgewerbetreibenden vorhanden waren. Die Verhältnisse in der Hausindustrie sind vom Standpunkt des Gesetzgebers aus sehr unübersichtlich, weil bei den Heimarbeitern alle Typen von echten grundsätzlich vollbeschäftigten Arbeitnehmern bis zum Gelegenheitsarbeiter vorkommen. Weitere Schwierigkeiten, die namentlich auf dem Gebiete der Kontrolle und der Schwarzarbeit bei den Heimarbeitern liegen, führten zur Reform. Aber gerade aus diesen Gründen hat die Reformgesetzgebung davon abgesehen, eine schematische Regelung zu treffen.

Durch § 206a bleibt der Grundsatz, daß unfähig Beschäftigte sowie Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende gegen

An die Berufsrevolutionäre.

Im Namen der Revolution dienen die Anarchisten der Sache der Reaktion; im Namen der Moral billigen sie die unmoralischsten Handlungen; im Namen der individuellen Freiheit treten sie alle Rechte ihrer Mitmenschen mit Füßen.

Und gerade deswegen bricht sich die ganze anarchistische Doktrin an ihrer eigenen Logik den Hals.

Plehanow.

Arbeitslosigkeit versichert sind, aufrechterhalten. Ausnahmen können aus oben genannten Gesichtspunkten gemacht werden.

Die Grenze für Hausgewerbetreibende, die auf alle Fälle für den Fall der Erwerbslosigkeit pflichtversichert bleiben, ist im Wortlaut der § 18 WAWG. und § 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes zu suchen. Demnach bleiben Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, erwerbslosenversicherungspflichtig. Dabei ist es gleichgültig, ob sie die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschaffen oder vom Auftraggeber zur Weiterveredelung ausgehändigt bekommen.

Es ist hier der gleiche Weg gesucht, der von den Errichtungsbehörden der Fachanschlüsse in Anwendung gebracht wird, wenn Hausgewerbetreibende tarifpolitisch den Hausarbeitern gleichgestellt werden sollen. Für die Berufs-Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiter dürfte deshalb die Erwerbslosenversicherung auch in Zukunft so weiter gehandhabt werden, wie das bisher der Fall war. Allerdings muß nach Inkrafttreten des Gesetzes Sorge dafür getragen werden, daß bei evtl. Streitfällen von Seiten des Verwaltungsrates der Reichsanstalt die Begrenzung aus den § 18 des Hausarbeitersgesetzes und § 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes nicht zu eng gezogen wird, damit eine unnütze Herausnahme von Hausgewerbetreibenden aus der Erwerbslosenversicherung unterbleibt.

Nach § 75c kann auch der Verwaltungsrat der Reichsanstalt die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes regeln. Bei dieser Bestimmung denkt der Gesetzgeber vor allem an die besonders in Sachsen, Thüringen und Oberfranken häufig vorkommenden Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie, wo mitunter ganze Familiengemeinschaften hausgewerblich tätig sind, aber nur das Familienoberhaupt die Aufträge vom Verleger empfängt.

Es ist in Zeiten der Erwerbslosigkeit in der Hausindustrie aufgefallen, daß in einzelnen Hausarbeiterfamilien ein Teil der Familienangehörigen arbeitete, während der andere — Erwerbslosenunterstützung bezog. Daraus wurde geschlossen, daß in solchen Fällen Unregelmäßigkeiten vorkommen mußten. Diese Auffassung braucht durchaus nicht immer richtig zu sein.

Die Familienmitglieder der Hausarbeiter sind in der Regel Mitglieder der Krankenkasse, und zwar unterliegen dieselben der Pflichtversicherung. Auf Grund dieser Tatsache haben die Familienangehörigen der Hausarbeiter in Verbindung mit dem § 69 WAWG. und § 165 Absatz 1 Nr. 6 der Reichsversicherungsordnung Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

Fälle, wo der eine Teil einer Familie in der Hausindustrie arbeitet, der andere — aber Erwerbslosenunterstützung bezieht, sind zu den Einzelfällen zu zählen. Sie kommen nur vor bei schlechter Konjunktur. Das Verhältnis ist dann genau wie bei den Sektierarbeitern. Es können eben nicht alle Familienmitglieder beschäftigt werden, weil der gegebene Auftrag dazu nicht ausreicht. Das Recht auf Erwerbslosenunterstützung bleibt deshalb für Erwerbslosenunterstützung-Beziehende einer Hausarbeiterfamilie im Gegensatz zu den arbeitenden Mitgliedern auf alle Fälle bestehen. S. Effein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Döbeln. Die Firma Papierfabrik Limmrig-Steina, Aktien-Gesellschaft, hat in ihren drei Betrieben Steina, Limmrig und Steinhilberthal einen schweren Pulverexplosion, bei der leider auch zwei Verbandskollegen ihr Leben einbüßten. Die Kollegen Karl Schäfer und Karl Banse wurden tödlich verletzt. Der Kollege Karl Schäfer ist schon 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes und wollte an dem Abend des Unglückstages an einer schlichten Feier teilnehmen, die die Zahlstelle Harzgerode zu Ehren ihrer vier Jubilare veranstalten wollte. Die Feier wurde abgebrochen und statt einer Jubiläumsfeier mußte für den Kollegen Schäfer die Totenfeier abgehalten werden. Dieser Umstand gibt dem Unglückfall eine besonders tragische Note. Das traurige Schicksal unserer beiden Kollegen zeigt aber auch wieder mit aller Deutlichkeit, von welcher schweren Gefahren die Arbeiter in der chemischen Industrie umhertreiben. Der Tod unserer treuen Kollegen, deren Andenken bei uns unvergessen bleiben wird, ist aber auch zugleich ein eindringliche Mahnung an uns, mit aller Energie für die weitere Verbesserung des Arbeiterstandes einzutreten.

Nennen. Ihr soll getadelt werden, vom Fichtebund und von der Arbeiterklasse, welche die Waise in Leinwand gleich mit in die Kasse des Papiersfabrikanten. Die Arbeiter des Fichtebundes sagten das ganz offensichtlich. Wenn das Beschreiben aus nicht vom „Volksbegehren“ sagt, sein Inhalt läßt deutlich den Zweck der Abung erkennen. Geht schnell und zeichnet euch in die Listen zum Volksbegehren ein, ist des Teufels Kern. Der deutsche Arbeiter soll sich nach diesem Flugblatt nicht zum Weltproletariat rechnen, er soll sich nur als „Deutscher Arbeiter“ sehen. Schön gefällig, Löwe! Als ob die deutschen Arbeiter nicht auch Weltbewohner wären und ein Einkommen hätten wie die Herren Vogel, Hugenberg — der Proletariat, Schacht, Dr. Bang und die anderen im Flugblatt genannten Großkapitalisten. Der deutsche Arbeiter ist also nach diesen Weisheiten des deutschen Fichtebundes alles andere, nur kein Prolet. Hier tritt schon die beabsichtigte Täuschung klar hervor! Haben denn die deutschen Arbeiter, vor allem in den Papierfabriken, schon einmal bessere Zeiten vor dem Weltkrieg erlebt? Sind die Papierproleten nicht bis zur Schamlosigkeit immer ausgebeutet gewesen und haben Stundenlöhne von 17 bis 25 Pfennig einstreichen dürfen? Die Reparationsforderungen werden nach dem Flugblatt nur den deutschen Arbeitern abgepreßt, und nun laufe schnell, deutscher Arbeiter, und zeichne dich in die Listen zum Volksbegehren ein! Aber auch dieser Trick vermag. Die geheimsten Wünsche der Beschäftigten sind es ja gerade, sich vom Zahlen zu drücken und den Arbeitern indirekt den Vorzug des Zahlens zu verweigern. Daß auch Besondere herangezogen werden müssen, wissen diese Herren genau und da helfen sich diese Prozentpatrioten mit Lohnabsätzen, überlanger Arbeitszeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Beschneiden der Sozialversicherungsbeiträge, oder sie werfen die Arbeiter auf die Straße, um ohne zu sparen. Die Nationalisierung geschieht ja solche Kapitalkapitalisten. Können die Arbeitervertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie diesen Angriff auf die staatliche Erwerbslosenunterstützung nicht ab schlagen können, dann könnten die deutschen Arbeiter nicht besonders stolz auf ihr Denkschwarz sein. Freilich, daß auch der deutsche Proletariat sich mit seinen anderen Brüdern in der Welt zusammenschließt, ist den Herren vom Besch ein großes Verbrechen, nur die in den Konzernen und Trusten vereinigten deutschen Kapitalisten nehmen für sich in Anspruch, mit anderen Weltkapitalisten gemeinsame Sache zu machen, und wenn es auch der französische Erbfeind ist. Auch in den Betrieben Limmrig-Steinaer Papierfabrik, A.G. wird seit Jahren rationalisiert und es sollen nun Arbeiter entlassen werden. Dann, du Arbeitsloser, kannst du stolz sein als Deutscher! Hätten die Arbeitgeber vor und während des Krieges vor der Kündigung der Arbeiter durch die Eroberungspolitik gewarnt, dann hätten die ersteren eine wirkliche patriotische Pflicht erfüllt. Nun es aber an Bezahlen der Kriegsschulden gehen soll, sind die Sozialdemokraten schuld, die mit den französischen und englischen Arbeitern zusammenstehen, wie eben die kapitalistischen Arbeitgeber es schon immer getan haben. Die Direktoren der Limmrig-Steinaer Papierfabriken verließen der Arbeiterschaft in der Arbeitsordnung aber auch noch, im Betriebe Flugblätter und Zettel zu verteilen, sie selbst aber stecken solche Pamphlete wie das gekennzeichnete gleich in die Lohnkästen hinein, um die Kündigung der Arbeiter vollkommen zu machen. Die Arbeiter in den Betrieben der Herren Funke und Weishuhn haben aber herzlich gelacht über die beabsichtigte Täuschung durch das Fichtebund-Flugblatt. Sie bedanken sich für diese heuchlerische kapitalistische Aufklärung.

Dresden. Die am 25. Oktober tagende Vierteljahrsversammlung brachte als 1. Punkt der Tagesordnung ein großzügiges Referat des Stadtverordneten Gen. Köhler über „Die Bedeutung der Kommunalabgaben für die Arbeiterschaft“ und als 2. Punkt den Geschäftsbericht für das 3. Quartal 1929. Gen. Köhler skizzierte die rechtlichen Grundlagen und das Aufgabengebiet der Gemeindeparlamenten. Nach dem schließlichen Zweikammerystem galten die Stadt- und Gemeindeverordneten bis 1928 nur als Kontrollorgane des Rates und der Bürgermeister. Der Rat ist in allen Fällen, das ausführende Organ, der, mit einer Reihe Einspruchsrechten ausgestattet, die Beschlüsse stark beeinflussen oder gar inhibieren kann. Das Selbstverwaltungsrecht besteht zum Teil nur scheinbar. Die Beschlüsse hängen aber auch viel von der Zusammenlegung des Gemeindeparlamentes ab. Der Referent ging in von Zahlen- und Tatsachenmaterial unterstützten Ausführungen auf die Tätigkeit und die Folge der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Dresden ein. Aufgabe unserer Fraktion in dieser Körperlichkeit ist in erster Linie gewesen, bei allen Entscheidungen die Interessen der arbeitenden Klassen zu wahren. Wenn auch die Kommunen nur in beschränktem Umfang steuerliche Oberhoheit haben, so ist es doch Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion gewesen, unsoziale Steuern zu bekämpfen und steuerliche Erleichterungen für die breiten Massen zu schaffen. Die Fürsorge für Erwerbslose in Arbeitsbeschaffung ausfinden zu lassen, Förderung des Wohnungsbau und Beeinflussung der Mietpreisbildung, sowie Ausbau des Schulwesens sind Ziele anderer Wirkens. Der Appell, am 17. November 1929 für die sozialdemokratische Liste zu wählen, schloß die Rede des Gen. Köhler. Kollegen Schneider, Lochnann und Weig brachten unter Widerspruch der Versammlung ihren kommunistischen Standpunkt zur Kommunalpolitik zum Ausdruck. Gen. Köhler wies diese Angriffe unter dem Beifall der Versammlung zurück. Zum 2. Punkt der Tagesordnung (Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1929) referierte Kollege Grafe. Er skizzierte die wirtschaftliche Lage, die jetzt für die Arbeiterschaft ungünstig ist. Die Stilllegungsanträge haben sich vermehrt und die Arbeitslosigkeit ist auch in unseren Gruppen im Steigen begriffen. Die Interessen unserer Kollegen bei den Stilllegungsverhandlungen zu wahren, ist allenfalls gelungen. Wenn auch Abschläge von Tarifverträgen im letzten Quartal nicht zu verzeichnen waren, so sind doch eine Reihe Streitigkeiten über Auslegung und Durchführung der Tarifverträge zu verzeichnen. In der Betonwaren-, Ziegel-, Margarine- und Wellpappenindustrie sind diese Streitfragen in unserem Sinne erledigt. Unsere Anträge auf Befreiung von der Sonderfürsorge sind für eine Reihe Betriebe von Erfolg gewesen. Der Versuch, im Chemnitzer Bezirk eine kommunistische Papierarbeiterkonferenz einzuberufen, ist nicht mit unseren statutarischen Bestimmungen in Einklang zu bringen, und es wurde vor der Beteiligung an solchen Konferenzen gewarnt. Der Kassenbericht, der gleichfalls vom Kollegen Grafe gegeben wurde, wies trotz der Krise eine günstige Entwicklung der Finanzen am Orte auf. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

Harzgerode. Tragik im Arbeiterleben. Am 12. Oktober 1929 ereignete sich auf dem Werk der Firma J. F. Eisele, Silberhütte, ein schwerer Pulverexplosion, bei der leider auch zwei Verbandskollegen ihr Leben einbüßten. Die Kollegen Karl Schäfer und Karl Banse wurden tödlich verletzt. Der Kollege Karl Schäfer ist schon 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes und wollte an dem Abend des Unglückstages an einer schlichten Feier teilnehmen, die die Zahlstelle Harzgerode zu Ehren ihrer vier Jubilare veranstalten wollte. Die Feier wurde abgebrochen und statt einer Jubiläumsfeier mußte für den Kollegen Schäfer die Totenfeier abgehalten werden. Dieser Umstand gibt dem Unglückfall eine besonders tragische Note. Das traurige Schicksal unserer beiden Kollegen zeigt aber auch wieder mit aller Deutlichkeit, von welcher schweren Gefahren die Arbeiter in der chemischen Industrie umhertreiben. Der Tod unserer treuen Kollegen, deren Andenken bei uns unvergessen bleiben wird, ist aber auch zugleich ein eindringliche Mahnung an uns, mit aller Energie für die weitere Verbesserung des Arbeiterstandes einzutreten.

Literarisches.

Jahrbuch des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands für 1928. Verlag S. Hansmann u. Co., Bochum. Preis für Mitglieder und Organisations 2,50 Mk., im Buchhandel 3 Mk. In einem herrlichen Band von 434 Seiten liegt, allerdings diesmal ziemlich verspätet, das Jahrbuch 1928 dieses Verbandes vor. Es zeigt die große Reichhaltigkeit wie früher.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die lebende Tote.

Nachzähl von Bobo M. Vogel.

Die Geschichte der Psychiatrie kennt zahlreiche Beispiele von Gedächtniswund und weiß sie wissenschaftlich zu erklären und teilweise auch zu behandeln. Einer der interessantesten Fälle auf diesem Gebiete ist mit dem Namen der französischen Gräfin Maria von Saint-Alban verknüpft, deren Geschichte wir im folgenden wahrheitsgetreu nach den Berichten der zeitgenössischen Chronik wiedergeben wollen.

Am Totenfest des Jahres 1706 suchte der Graf von Saint-Alban einen der Pariser Friedhöfe auf, um das Grab seiner Gattin, die vor kurzem in der Blüte ihrer Jugend gestorben war, zu besuchen. Während der fräuernde Gatte neben dem Grabmal stand, durchfuhr ihn plötzlich ein fürchterlicher Schreck. Er blickte auf und glaubte die verlorene Gattin vor sich stehen zu sehen. Verwundert schrie er: „Maria!“

Aber die Frau entfloß mit allen Anzeichen des Entsetzens. Saint-Alban verfolgte sie unter fortwährenden Rufen: „Maria, Maria!“

Noch das Schattenbild verschwand unter der Menge wie ein Mensch, der von den Häshern verfolgt wird.

Herr von Saint-Alban aber gab sich nicht zufrieden. Er fragte alle Besucher des Friedhofes, ob sie eine davonlaufende Frau gesehen hätten. In der Tat antworteten einige, daß sie die Dame bemerkt hätten, die erschreckt entfloß, als sie hinter sich den Namen Maria hörte. Eine Kutsche hatte neben dem Friedhofsmauer gestanden und anscheinend auf sie gewartet. Sie sei hastig eingestiegen und mit dem Wagen in voller Karriere davongefahren. Die Kutsche habe ein bekanntes Wappen gehabt: das Wappen der Familie Sezanne.

Nach diesem Bericht wurde es Herrn von Saint-Alban bemerkt, daß er nicht das Opfer einer Sinnestäuschung geworden sein konnte. Bei der Erzählung von dem Wappen durchfuhr ihn ein schrecklicher Verdacht. Sezanne hieß der erste Verlobte seiner Gattin. Aber dieser war bei einem Schiffbruch an der italienischen Küste ertrunken. Maria wäre damals fast vor Schmerz gestorben. Dann hätte sie sich in das Unvermeidliche gefügt und sich entschlossen, einen anderen Mann zu heiraten: den reichen Grafen Saint-Alban.

Nach zweijähriger Ehe, die von einem Kinde, einem Mädchen, gesegnet wurde, war Maria plötzlich gestorben. Saint-Alban selbst hatte den Körper seiner geliebten Frau auf die Bahre gelegt und eigenen Auges mit angesehen, wie Maria später in dem Sarge verschlossen und begraben wurde.

Der Graf entschloß sich sofort, das einzig Richtige zu tun, was in diesem Falle möglich war: er ließ das Grab seiner verstorbenen Gattin öffnen.

Schon am nächsten Tage wurde diese Arbeit vorgenommen. Und zu aller Überraschung stellte es sich heraus, daß der Sarg leer war! Herr von Saint-Alban erkaufte sofort Anzeige wegen Grabstörung. Aber er bat sich aus, die nötigen Nachforschungen selber anstellen zu dürfen. Mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit machte er sich nun an seine Defektiv-Aufgabe heran. Zunächst suchte er die Witwe des Verwalters auf, der vor einigen Jahren die Aufsicht über den Friedhof geführt hatte. Die alte Frau erinnerte sich noch genau an das Begräbnis der Maria Saint-Alban, und sie mußte darüber Erstaunliches zu berichten. In der Nacht nach der Bestattung traf ein jüngerer Herr, der von einer weiten Reise kam, auf dem Friedhof ein. Er war völlig verzweifelt. Er gab sich für den Verlobten der Verstorbenen aus. Sie hätte, ohne den letzten Abschied von ihm, scheiden müssen. Die einzige Hoffnung bestünde für ihn darin, das Grab noch einmal zu öffnen, um die Verlobte ein letztes Mal zu sehen. Der Verwalter ließ sich schließlich auf Grund eines reichlichen Trinkgebotes dazu überreden. Als das Grab geöffnet wurde, nahm, wie die Witwe des Friedhofsverwalters versicherte, das Gesicht der Toten beim Eindringen der frischen Luft eine lebhaftere Färbung an. Der Verlobte flog, von wilder Freude übermannt, einen Schrei aus. Er hatte lebendigen Atem auf den Lippen der Toten verspürt. Er ließ sich einen Spiegel geben und hielt ihn gegen ihre Lippen. Und als der Spiegel von dem Hand beschlagen war, rief er: „Sie lebt!“

„Und er hatte mir's recht“, fuhr die alte Frau fort. „Die Tote — lebte. Er wollte sie mit sich nehmen. Was sollte mein Mann, der Friedhofsverwalter, dagegen tun? Er hatte mit Toten

„Ich kenne ihn nicht.“ erwiderte Maria mit abwesender Stimme.

„Wo haben Sie sich mit dem Herrn von Sezanne verlobt?“

„In Italien.“

„Und warum nicht in Frankreich?“

„Weil ich in Italien geboren und erzogen worden bin.“

„Sind Sie noch niemals in Frankreich gewesen?“

„Jetzt das erste Mal.“

„Kennen Sie wenigstens Ihren Vater?“

„Ich erinnere mich nicht mehr an ihn.“

„Sehen Sie sich diesen Herrn an! Es ist Ihr Vater.“

„Ich sehe ihn zum ersten Mal.“

„Selbst doch vernünftig, Maria“ sagte der Vater, „erinnerst du dich nicht an deine Kinderjahre?“

„Mein Herr, ich weiß nicht, was Sie von mir wollen. Sie irren sich. Ich bin in Italien geboren, und in Italien verheiratet.“

„Ich mich mit Herrn von Sezanne. In meine Kindheit kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich war schwer krank. Was vorher war, habe ich vergessen.“

Die Ansicht des Gerichts und der Öffentlichkeit war, daß man es mit einer äußerst geschickten Simulation zu tun habe, die unter dem Einfluß ihres verbrecherischen Gatten stand.

Der Fall hätte, da damals die Wissenschaft die Möglichkeit eines Gedächtniswundes noch nicht kannte, für Maria und Sezanne schlimm ausgehen können, wenn nicht ihr Vater im letzten Augenblick auf einen rettenden Gedank gekommen wäre. Kurz vor der Urteilsverkündung in dem Prozeß erbte er sich eine neue Erinnerung als Zeuge und brachte dazu die Tochter Marias aus ihrer Ehe mit Saint-Alban mit.



Beim Anblick der Mutter rief das Kind in einem fort: „Mutter, Mutter, verlass mich nicht! Mutter, bleib bei uns! Kehre zu uns zurück, Mutter!“

Unter dem Einfluß dieser Worte schien nach und nach eine seltsame Veränderung mit Maria vorzugehen. Sie blickte starr vor sich hin, als ob sie in der Vergangenheit nach einem Haltpunkt suchte. Plötzlich belebten sich ihre Züge und sie blickte erkannt um sich. Dann sprang sie auf und rief ihre Tochter an sich. Die Stimme ihres Kindes hatte die Erinnerung an die früheren Zeiten wieder bei ihr wachgerufen.

Die Richter hatten Einsicht und verurteilten Maria von Saint-Alban nicht wegen Ehebruchs und Bigamie, sondern erklärten die Ehe mit Sezanne für nichtig und forderten Maria auf, zu ihrem ersten Mann zurückzukehren.

Die unglückliche Frau hielt aber ihre Sünden für so unverzeihlich, daß sie dieser Aufforderung nicht nachkam. Sie ging in ein Kloster, wo sie schon wenige Jahre darauf an Geistes- und nachtrag gestorben ist.



zu scheitern, was gingen ihn lebendige Menschen an. Es blieb also nicht anderes übrig, als dem Wunsche des Fremden zu willfahren. Nachdem er Maria völlig belebt hatte, reiste er mit ihr nach Italien ab.

So weit die Erzählung der Friedhofsverwalterin. Herr von Saint-Alban leitete sofort die nötigen Schritte ein, um der Verschollenen habhaft zu werden.

Wenig später wurde der Graf von Sezanne ermittelt, der in einem vornehmen Pariser Hotel abgewiesen war. In seiner Begleitung befand sich keine Frau, die ihn in Italien reisen gesehen hatte. Graf Saint-Alban war nicht forderlich erkannt, als er in Sezannes Gattin seine frühere verschollene Frau wieder erkannte, aber geniet außer sich, als Maria ohne irgendwelche Beweismittel ausging, ihn nicht zu erkennen, und erkaufte zum Angehe wegen Bigamie.

„Warum Sie nicht mit dem Grafen Saint-Alban verheiratet?“ fragte der Richter bei der Vernehmung.

Motten.

„Was er da drinnen der Orankopf macht? Er sitzt bis tief in die späte Nacht In alten Büchern hin und her, Als ob drin was zu finden wär. Er sieht! Er ist ja nicht zu Haus, Heut spär ich sein Geheimnis aus.“

Ein Späglein wiepft's und fliegt hinein; Da liegen Bücher groß und klein. Es wühlt das größte mit Bedacht Und hat aus Wältern sich gemacht. Vergißt Papier und arg bestückt Nicht wissen, wo der Wert da steckt.

Noch halt! — Sein kluges Auge blinzelt. Es hat sein Schnäbelchen stink gepflegt. Zwei Motte! Und wie groß und seuff! Beiderig hat es sie verpeift Und piept: „Wer hätte das gedacht, Daß der auch Jagd auf Motte macht!“ Julius Storm.

Eine Zeitungshumoreske.

Bei der siebentägigen Eile, mit der eine Zeitung hergestellt werden muß, kommt es häufig vor, daß beim Abschreiben des Blattes Unvorsichtigkeiten unterlaufen. Das sind unvermeidliche technische Unzulänglichkeiten, die nicht viel zu besagen haben, da der anmerksame Leser den Fehler leicht selbst korrigiert. Selten geschieht es, daß ein solches technisches Versehen ein so komisches Mißverständnis herbeiführt, wie es kürzlich in einem in französischer Zeitungs-Druckerei erziehenden Blatte der Fall war. Der Redakteur der Zeitung hatte beim Abschreiben bei zwei Notizen die Titel und die Schlagzeile verwechselt. Das Ergebnis dieses Versehens zeitigte folgende merkwürdige Notizen:

Eine bedeutsame Eheschließung. Zwei ausgezeichnete Taugenichtse befragten sich gestern damit, auf der „Avenue de la Grande Arme“ den Hund des bekannten

Baumstellers Herrn Genitz zu quälen. Sie hatten dem Tier einen Kopsop in den Schwanz gebunden und ihm Raketen in die Ohren gesteckt. Eine große Anzahl von Freunden hatte sich eingefunden, um die Neuerfindungen zu beglückwünschen, und wir schickten uns diesen Glückwünschen freudigen Herzens an.

Zwei Stroche.

Gestern wurde in der Domkirche die Trauung von Herrn Jole Hispano mit Fräulein Helene de Vint-Mirabeau, der Tochter des Admirals und von Frau de Pont-Mirabeau, geb. Roud, gefeiert. Die beiden Taugenichtse wurden von einem Schuttmann zur Vollzeit, wache geführt und ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Wir wollen hoffen und wünschen, daß beide der Zwangsverziehung überwiesen werden und so Gelegenheit erhalten, über das Blödsinnige ihres Streiches nachzudenken.

Alte Sitten.

Selbst in der Kirche spielten sich eigenartige Bräuche ab. Besonders an den Ostertagen erzählten die Geistlichen von der Kanzel allerlei Schurken, um ihre Zuhörer für die Fastenzeit zu entschuldigen. Der Prediger Mathesius erwähnt als einen solchen Osterwank die Erzählungen von den beiden Teufeln, die bei dem Einzuge des auferstandenen Christus in die Vorhalle von innen die Nasen an die Kegel vor die Pforte steckten, um den Einzug zu verhindern. Aber durch ein Wunder sprang die Pforte auf, und die Nasen wurden jämmerlich zerquetscht. Ein mittelalterlicher Schriftsteller, Heinrich Veibel, erzählt in seinem im Jahre 1561 erschienenen Schwankebuche von einem Prediger in Walblingen, der von der Kanzel herab an seine Zuhörer die Aufforderung richtete, derjenige Mann, der in seinem Hause mehr Recht habe als seine Frau, möge aufstehen und das Triumpfschloß: „Christ ist erstanden!“ ansprechen. Als sich keiner von den Männern erhob, richtete er die gleiche Aufforderung an die Frauen, diejenige Frau, die die Herrschaft im Hause habe, möge aufstehen. Sofort erhoben sich sämtliche anwesenden Frauen und stimmten begeistert den Ostergesang an.

300 Volt Muskelspannung.

Elektr. Einer der bekanntesten sogenannten elektrischen Fische ist der Zitteraal. Genauere Untersuchungen haben ergeben, daß er aus einer Reihe von akkumulatorähnlichen Zellen besteht, deren gesamte Spannung rund 300 Volt beträgt. Nur dem Umstand, daß der Aal seine Spannung immer nur ratenweise entläßt, ist es zu verdanken, daß seine Schläge zwar betäubend, aber doch nicht tödlich wirken. Nebenbei bemerkt, ist der Zitteraal gar kein eigentlicher Aal, sondern ein bis zu zwei Meter langer Fisch. Merkwürdig ist auch seine eigene Unempfindlichkeit gegenüber anderweitigen elektrischen Entladungen.

Humoristische Ecke.

Nicht konsequent.

Ein Beamter eines Kantonsamtes hat in dem vergangenen folgenden Erfahrung gemacht. In der Rechnungsabteilung, in die ich längst versetzt worden bin, hatte ich einer Partei monatlich Rechnung zu legen. Das Begleitschreiben begann mit den Worten: „Für Ihre werthe Rechnung“ usw. Als die Akte nach der Erpedition an mich zurückkam, bemerkte ich, daß mein Konzept vom Abstellungs-vorstande berichtigt worden war, wobei das Wörtchen „für“ durchgestrichen und darüber „auf“ gesetzt wurde. Ich schreibe also bei der nächsten Rechnungsauslegung: „Auf Ihre werthe Rechnung“ usw. Nun wurde „auf“ durchgestrichen und darüber „für“ geschrieben. Das wiederholte sich regelmäßig und Monate hindurch. Die Geschichte machte mir Spaß. Ich sammelte die Akten und ging eines Tages damit zum Vorstande. Ich zeigte ihm die Änderungen mit der Bitte, mich anzuweisen, ob ich künftighin „für“ oder „auf“ schreiben sollte. Er besteht sich Akte für Akte, setzt sich zurecht und schnappt dann, ohne verlegen zu werden: „Ja, sehen Sie, das kommt davon, wenn man nicht konsequent ist und das eine Mal „für“ und das andere Mal „auf“ schreibt.“

Auch ein Gebet.

In der „Straß. Post“ stand vor Jahren zu lesen: In einer höheren Mädchenschule unserer Stadt, die von Schülerinnen der drei Konfessionen besucht wird, spricht abwechselnd ein Mädchen vor dem Unterricht ein kurzes Gebetchen. Als nun die Reihenfolge einmal an das siebenjährige Töchterchen des jetzt verstorbenen Intendanten des Stadttheaters Wilhelm kam, stellte die Kleine sich mit der ernstesten Miene vor die Klasse und betete folgendes:

Der liebe Gott hat nicht gewollt, Daß edler Wein verderben sollt; Drum hat er uns nicht nur die Reben, Wein, auch den schönen Durst gegeben. Amen.

Sprach's und begab sich so ernst, wie sie gekommen war, an ihren Platz.

Vormals — Vormittags.

Minna wird nach einem Geschäft geschickt, um Einkäufe zu besorgen. Es wird ihr anbefohlen, genau auf den Namen Ritter zu achten. Als sie zurückkommt, sagt sie: „Ja, — Name Ritter stimmt, aber vormittags is een anderer drin!“ Die Firma heiße Ritter, vorm. Stein. („Ulk.“)

Ein Neugieriger.

Herr (auf dem Polizeiamt): „Ich höre, daß der Einbrecher, der meiner Wohnung vorgestern abend einen Besuch abgestattet hat, eingefangen ist.“ — Polizist: „Was stimmt.“ — Herr: „Darf ich mal mit dem Manne sprechen?“ — Polizist: „Aus welchem Grunde?“ — Herr: „Ich will ihn bloß fragen, wie er es angestellt hat, in die Wohnung zu gelangen, ohne daß meine Frau ihn gehört hat — ein Trick, den ich seit Jahren vergeblich versucht habe.“

Literarisches.

„Die hüllige und schöne Wohnung.“ Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 32 S. Preis 1 Mk. Das Begründer Friedrichshain in Berlin hatte eine öffentliche Ausstellung neuer Wohn- und Küchmöbel veranstaltet, die den Namen „Die hüllige und schöne Wohnung“ wirklich verdiente. Diese für Kleinwohnungen bestimmten Wohnkuchen, Arbeits-Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer zeigten eine zweckmäßige form- und geschmackvolle Handwerksfertigkeit. Der Direktor der Berliner Tischler-Schule, Prof. Fritz Spannagel, hat mit Architekten, Lehrern, Schülern, Werkstätten Vortreffliches geleistet. Dies gab den Anlaß für ein preiswertes kleines Bilderbuch, das die Abbildungen dieser Zimmer und Möbel zusammenstellt und beschreibt. Es ist deshalb empfehlenswert, weil hier wirklich nützliche Arbeit geleistet worden ist, die Fragen und Ängsten des werktätigen Volkes zugute kommt.